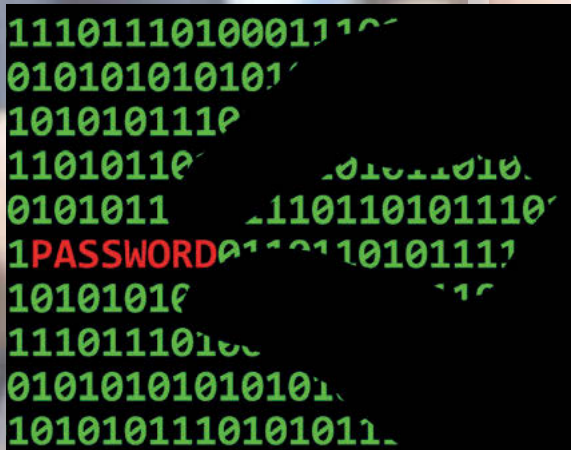




Jahresbilanz 2014





Vielfalt, die beeindruckt

Nach etwas mehr als einem Jahr im Amt des Hessischen Ministers des Innern und für Sport blicke ich auf ein Themenspektrum zurück, das ich Ihnen mit dieser Broschüre in seiner ganzen Breite präsentieren möchte. Im Rahmen der großen Aufgabenvielfalt habe ich im Jahr 2014 zahlreiche Verbände und Behörden besucht: 20 Polizeidienststellen, 49 Sportvereine sowie 42 Organisationen aus dem Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes.

Zudem habe ich im Rahmen von Inspektions- und Betreuungsreisen in das Kosovo und nach Afghanistan die dort eingesetzten Hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten getroffen, die mir einen eindrucksvollen Einblick in ihre Arbeit gegeben haben. Insgesamt 534 Termine haben meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jahr 2014 für mich vorbereitet.

Die Bandbreite der Themen des hessischen Innenressorts spiegelt sich auch in dieser Jahresbroschüre wider.

Mit ihr wollen wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, einen Auszug aus der Arbeit und den vielfältigen Aufgaben des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport im Jahr 2014 liefern.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'P. Beuth'.

Peter Beuth
Hessischer Minister des Innern und für Sport



Brandschutzförderung 2014 so hoch wie nie zuvor

Staatssekretär Werner Koch über ...

... Cybersicherheit - Agenda „Cybersicherheit@Hessen“ bildet solide Grundlage

Bereits heute ist Hessen in Bund-Länder-Gremien wie dem nationalen Cyber-Sicherheitsrat engagiert. Federführend koordinieren wir in einer länderoffenen Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz auf Staatssekretärebene die Abstimmung der Länder zur Verbesserung ihrer, aber auch der kommunalen Cybersicherheit.

Unsere Agenda „Cybersicherheit@Hessen“ ist umfassend ausgerichtet. Wir unterstützen die Bürger u. a. mit Informationen, sensibilisieren die Wirtschaft mit einer Veranstaltungsreihe mit den Industrie- und Handelskammern zum „Digitalen Wirtschaftsschutz“, bieten gebündelten Warn- und Informationsservice und weitere Unterstützung für unsere hessischen Kommunen an. Auch der Ausbau der IT-Sicherheit in der eigenen Verwaltung wird kontinuierlich weiterentwickelt.

... die neue Körperschutzausstattung für Polizeibeamtinnen und -beamte

Die Gewalt gegen Polizeibeschäftigte ist bundesweit ein bedeutendes Thema und jeder Angriff auf Polizeibeschäftigte ist ein Angriff zu viel. Um unsere Beamtinnen und Beamte bestmöglich vor Übergriffen zu schützen, haben wir im vergangenen Jahr die neuen Körperschutzausstattungen angeschafft. Diese bestehen aus einer Schutzweste sowie zusätzlichen Protektoren für Arme und Beine und schützen vor mechanischer Gewalteinwirkung.

... Brandschutzförderung - in 2014 so hoch wie nie zuvor

Das Jahr 2014 war das Jahr der Hessischen Feuerwehr. Nie zuvor hat sie so viel finanzielle Unterstützung erhalten. Im Jahr 2014 investierte die Landesregierung mehr als 11 Millionen Euro in die Förderung von Feuerwehrhäusern und -fahrzeugen. Für die Sicherstellung einer qualifizierten Ausbildung der Feuerwehrangehörigen an der Hessischen Landesfeuerweherschule wurden vom Land rund 13 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Zudem investierte die Landesregierung rund 6,6 Millionen Euro für den Umbau an der Hessischen Landesfeuerweherschule in Kassel. Zusammen mit der institutionellen Förderung in Höhe von rund 300.000 Euro für Jugend- und Landesfeuerwehrverband, der Imagekampagne mit 360.000 Euro, 70.000 Euro für Aktionstag und Feierlichkeiten zum 50. Jubiläum der Hessischen Jugendfeuerwehr und natürlich dem Startkapital in Höhe von 100.000 Euro für die Stiftungsgründung ist das ein Paket, das sich sehen lassen kann.



Hessen Vorreiter in Sachen Body-Cam und Präventionsnetzwerk gegen Salafismus

Innenminister Peter Beuth über ...

... die Body-Cam

Ich bin sehr froh darüber, dass sich das hessische Modell „Body-Cam“ als geeignetes präventives Einsatzmittel zum Schutz der Polizistinnen und Polizisten vor gewalttätigen Übergriffen erwiesen hat. Das Tragen der Schulterkameras schreckt bei Kontrollen in Brennpunktbereichen potenzielle Aggressoren ab und trägt zu einer Deeskalation der Kontrollsituation bei.

Die hessische Polizei ist Erfinder dieser technischen Neuerung, die die Polizeiarbeit für die Beamten landes-, bundes- und sogar europaweit messbar sicherer macht.

... das Präventionsnetzwerk gegen Salafismus

Der deutliche Anstieg der Anhängerzahlen der salafistischen Szene gibt Anlass zur Sorge. Alles spricht dafür, dass wir uns intensiv und dauerhaft dafür stark machen müssen, dass sich junge Menschen nicht durch diese extremistische Szene verführen lassen.

Aus diesem Grund geht Hessen auch im Präventionsbereich neue Wege. Die Hessische Landesregierung hat ein bundesweit einmaliges Präventionsnetzwerk gegen Salafismus aufgebaut. Bis zum Ende des Jahres 2014 wurden hierfür über 200.000 Euro bereitgestellt, im Jahr 2015 400.000 Euro.

Ziel ist es, dem radikalen Islamismus einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz in Sachen Prävention und Intervention entgegenzusetzen. Hier ist Hessen bundesweit Vorreiter.

... das Sportland Hessen

Ich sehe das Land Hessen bei der Sportförderung exzellent aufgestellt: Wir können mit Zufriedenheit Bilanz ziehen und konstatieren, dass sich der Sport hier in den letzten 15 Jahren ganz hervorragend entwickelt hat.

Selbstverständlich wissen wir alle, dass ohne materielle Ressourcen Sportförderung nicht stattfinden kann. Daher ist es ein wichtiges Signal, dass wir seit Beginn der Jahrtausendwende die Sportfördermittel nahezu vervierfacht haben. Allein im Jahr 2014 stellte das Hessische Innenministerium rund 21 Millionen Euro zur Verfügung, um den Sport zu fördern und voranzubringen.

inhalt

Einführungen

Themen, die die Welt bewegten

Herzensangelegenheit

Frühjahr | Januar - März

Frühling | April - Mai

Sommer | Juni - August

Herbst | September - Oktober

Winter | November - Dezember

Personelles

Impressum

3-5

Vorwort	3	Interview Peter Beuth, Hessischer Innenminister ..	5
Interview Werner Koch, Staatssekretär	4		

8-11

Weltmeistertitel der DFB-Elf	8	Gefahr durch den Salafismus	10
Kosten von Polizeieinsätzen	9		

12-15

Ehrenamt in Hessen	12	Feuerwehren des Monats	14
--------------------------	----	------------------------------	----

16-25

Ausbau der Cybersicherheit	18	Jentsch Vorsitzender der Expertenkommission ..	24
Hessische Slowenienhilfe	19	Deeskalationstraining	25
Polizeiliche Kriminalstatistik 2013	20	Förderprogramm Eröffnungsbilanzen	25
Hochwasser-Soforthilfe-Programm	24		

26-37

Verkehrsunfallstatistik Hessen 2013	28	Projekt „Body-Cams“	34
Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber“ ..	32	Hessischer Jugendfeuerwehr-Aktionstag	36
Gerätewagen-Übergabe an Katastrophenschutz ..	33	Katastrophenschutz Helfer ausgezeichnet	37
Jugendfeuerwehrausbildungszentrum	33		

40-51

Hessentag: Vereidigung	40	Finanzhilfeaktion Wetteraukreis	44
Bescheidübergabe „Sportland Hessen“	42	Expertenkommission	45
Friedliche Protestkultur	42	Sommerekampagne 2014 der Polizei	45
Regierungserklärung von Peter Beuth	43	Präventionsnetzwerk gegen Salafismus	46
Proaktive Beratung gegen Rechtsextremismus ..	44	Sportförderung und Finanzen	48

52-63

Inspektions- und Betreuungsreisen	54	Body-Cam Ausweitung hessenweit	60
50 Jahre Hessische Jugendfeuerwehr	56	Verfassungsschutzgesetz	62
40 Jahre hessische Spezialeinheiten	57	Beratungsstelle „Violence Prevention Network“ ..	63
Cybersicherheit	58	Hessisches Präventionsnetzwerk	63
Sicherheitsstrategie „300 in 3 Jahren“	59		

64-79

Sportministerkonferenz	66	Blockupy-Aktionstage	74
Verfassungsschutzbericht 2013	68	Prämierung Body-Cam	74
Hessische Jugendfeuerwehr	72	Polizeisportlehre	75
Conrad Dietrich Magirus Preis	72	Interkommunale Zusammenarbeit	76
Landkreistag	73	Sportplakette 2014 des Landes Hessen	77
Verbraucherschutz	73	Neue Körperschutzausstattungen für Polizei ..	78

80-81**82**

„Als Team bestens funktioniert“

Mario Götzes Tor in der 116. Minute des Weltmeisterschaftsendspiels in Rio de Janeiro gehörte ganz sicher zu den magischsten Momenten des Sportjahres 2014. Das sage ich nicht nur als Privatmann und Fußballfan, sondern natürlich auch als Hessischer Sportminister. Besonders war die zurückliegende Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien für mich auch deshalb, weil ich in meiner Position als Vorsitzender der Sportministerkonferenz (SMK) die Chance besaß, einen kleinen Teil des Turniers vor Ort zu verfolgen, mich

nicht nur glänzende Einzelspieler in ihren Reihen hatte, sondern als Team bestens funktionierte. Das hat sie über das ganze Turnier hinweg gezeigt und im Endspiel eindrucksvoll unterstrichen.

Positiv sind auch die Auswirkungen des Titelgewinns. Der grandiose Erfolg sorgt dafür, dass unsere hessischen Vereine weiterhin großen Zulauf von fußballbegeisterten Mädchen und Jungen bekommen. Das ist gleich in zweierlei Hinsicht sehr begrüßenswert. Denn zum einen



bei den Verantwortlichen über die Sicherheitslage rund um die WM zu informieren und den hessischen Polizeibeamten Uwe Namyst, als Szenekundiger Beamter im Einsatz, zu treffen. Zudem bestand für mich die Möglichkeit, beim Gruppenspiel des späteren Weltmeisters gegen Ghana mitzufiebern.

Festzuhalten bleibt: Die deutsche Mannschaft hat sich den Titel in Brasilien redlich verdient, weil sie

können sich die Nachwuchsspielerinnen und -spieler ein Beispiel an Motivation, Zielstrebigkeit und Konsequenz nehmen, mit der die Spieler von Trainer Joachim Löw ihren großen Traum in Brasilien wahr gemacht haben. Zum anderen vermittelte das deutsche Team mit seinem Verhalten nach dem spektakulären 7:1-Halbfinalsieg gegen Gastgeber Brasilien vorbildhaft, was Fairness ausmacht. Das ist die vielleicht noch wichtigere Botschaft.

Keine Bezahlung durch Sportvereine

Im Vorfeld der beginnenden Saison der Fußball-Bundesliga wurde im Sommer 2014 die Thematik der Kostenübernahme von Polizeieinsätzen bei Bundesliga-Spielen diskutiert. Den Vorstoß aus Bremen, die Vereine an den Kosten zu beteiligen, hat das Hessische Innenministerium damals abgelehnt und tut dies auch heute noch.

Wenn wir den Sport an jedem Polizeieinsatz beteiligen wollten, dann müssten wir auch die vielen kleinen Sportveranstaltungen, wie Radrennen, Triatlons oder Laufveranstaltungen etc. von den entsprechenden Vereinen bezahlen lassen. Das ist nicht sinnvoll. Der Verlust, den wir in unserem Lande hätten, wäre wohl viel größer. Insgesamt ist es richtig, dass wir über die Sicherheit in und um Stadien diskutieren – auch zukünftig. Wir wollen, dass der Sport, gerade im Bereich des Fußballs, ein Familienereignis sein soll. Es darf niemand Angst haben, in ein Fußballstadion zu gehen.

Das zu gewährleisten ist Aufgabe der Vereine, die mit ihren Fans dort im Dialog sein müssen. Faktisch ist es jetzt schon so: Für die Ordnung im Stadion ist der Veranstalter zuständig. Das heißt, der Verein muss mit Ordnerdiensten im Stadion für Ordnung sorgen.

Am Ende übt jedoch die Polizei das Gewaltmonopol aus. Das wird natürlich auch weiterhin der Fall



sein. Deswegen werden wir nicht darauf verzichten können, dass wir im Umfeld dieser Sportereignisse wie auch bei anderen Großveranstaltungen Polizei im Einsatz haben. Ohne Kostenbeteiligung von Vereinen.



Landesregierung nimmt die Gefahr durch den Salafismus sehr ernst und handelt entschlossen

Der Salafismus ist gegenwärtig die bundesweit dynamischste und am schnellsten wachsende islamistische Bewegung. Wir müssen uns intensiv und dauerhaft dafür stark machen, dass sich junge Menschen nicht durch diese extremisti-



sche Szene verführen lassen. Die Hessische Landesregierung nimmt die Gefahr durch den Salafismus äußerst ernst und handelt entschlossen. Im Jahr 2014 hat sie sich entschlossen, ein bundesweit einmaliges Präventionsnetzwerk gegen Salafismus aufzubauen.

Eine kompetente Beratung ist im Kampf gegen den islamistischen Extremismus enorm wichtig. Deshalb haben wir eine solche Beratung geschaffen. Im Mittelpunkt des Präventionsnetzwerks stehen eine zentrale Beratungsstelle und ein Fachbeirat. Der zentralen Beratungsstelle ist der Verein Violence Prevention Network (VPN) angebunden. Das Konzept dafür erarbeitete das Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE), das im Jahr 2013 im Hessischen Innenministerium eingerichtet wurde.

Das Netzwerk wird durch den Fachbeirat mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Vertretern – darunter selbstverständlich auch muslimische Verbände, Religionsgemeinschaften und Universitäten – intensiv begleitet. Die breite Besetzung des Fachbeirats unterstreicht die Wichtigkeit der Bündelung aller gesellschaftlichen Ressourcen



im Kampf gegen den Salafismus. Einen besonders hohen Stellenwert haben die Teilnahme und die Mitarbeit der muslimischen Verbände und Orga-





nisationen im Fachbeirat. Der Missbrauch des Islam durch Extremisten muss gestoppt werden. Hessen ist ein tolerantes, vielfältiges und welt-offenes Land, in dem extremistische Ideologien keinen Platz zur Entfaltung finden dürfen. Der Fachbeirat soll eine unterstützende und beratende Funktion einnehmen. Ziel ist es, dem radikalen Islamismus einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz bei Prävention und Intervention entgegenzusetzen.

Parallel existieren weitere Präventionsangebote, zum Beispiel vom Landesamt für den Verfassungsschutz. Aufgrund aktueller Vorkommnisse im Zusammenhang mit salafistischen Aktivitäten von Jugendlichen hat das LfV seine Präventionsarbeit in den vergangenen Monaten insbesondere auf Multiplikatoren der Jugendbildung konzentriert. Hessen arbeitet zudem eng mit der „Beratungsstelle Radikalisierung“ beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zusammen.

Wir sind mit diesen Angeboten, insbesondere mit unserem Präventionsnetzwerk gegen Salafismus, gut aufgestellt. Wir hoffen, dass andere von den positiven Erfahrungen in Hessen profitieren

können. Dazu sind bereits zahlreiche Anfragen aus anderen Bundesländern eingegangen.

Die bisherige Arbeit der Beratungsstelle hat gezeigt, dass ein sehr großer Beratungs- und Unterstützungsbedarf bei betroffenen Eltern und gesellschaftlichen Institutionen vorhanden ist. Die Arbeit der Beratungsstelle hat aber auch eindrucksvoll verdeutlicht, dass es möglich ist, gefährdete junge Menschen – auch Syrienerückkehrer – anzusprechen, Arbeitsbeziehungen aufzubauen und Ausstiegsprozesse zu initiieren. Die Notwendigkeit und die Möglichkeiten präventiver Arbeit mit jungen Menschen haben sich von Anfang an gezeigt – diese Arbeit wird auch in der kommenden Zeit nötig sein.

Ehrenamt eine Säule unserer Gesellschaft

Das Ehrenamt bildet eine der wichtigsten Säulen unserer Gesellschaft. Denn egal, ob in den Freiwilligen Feuerwehren, Sportvereinen, karitativen Einrichtungen oder sonstigen Vereinen und Ver-



bänden: Ohne die vielen ehrenamtlich Tätigen läge das Zusammenleben in vielen Bereichen unserer Gesellschaft brach. „Deshalb bedanke ich mich auch im Namen der Hessischen Landesregierung ganz herzlich für das große Engagement, mit dem so viele Hessinnen und Hessen auch im Jahr 2014 dafür gesorgt haben, das

Zusammenleben ein Stück lebenswerter zu gestalten. Wir alle können gar nicht genug wertschätzen, was die Ehrenamtlichen tagtäglich leisten“ so Peter Beuth.

Die Bereitschaft, sich ehrenamtlich in den verschiedensten Lebensbereichen zu engagieren, ist in Hessen außerordentlich groß. Rund zwei Millionen Freiwillige setzen sich für die Gemeinschaft ein. In Zeiten, in denen der Faktor Zeit ein hohes Gut ist, ist dieser Einsatz mehr als bemerkenswert.

Dass es sich lohnt, ehrenamtlichen Einsatz zu fördern, muss wohl kaum betont werden. Deshalb fördert die Hessische Landesregierung mit der Initiative „Gemeinsam aktiv - Bürgerengagement in Hessen“ diese Einsatzbereitschaft und verbessert die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement. Zudem ist die Förderung des Ehrenamtes auch ausdrückliches Ziel der Landesregierung und entsprechend im Koalitionsvertrag festgelegt. Mein Ziel ist es, dass ehrenamtliches Engagement auch bei Einstellungen im öffentlichen Dienst gewürdigt wird.

Um ehrenamtliches Engagement zu fördern, wollen wir sowohl im Beamten- als auch im Arbeitnehmerbereich die im Ehrenamt erworbenen Zusatzqualifikationen bei der Feststellung von



Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung besonders würdigen. Die Erfahrungen in ehrenamtlichen Funktionen können in vielfältiger Weise für dienstliche Anforderungen und Tätigkeiten förderlich und unterstützend sein.

Daher hat das Innenministerium die Ressorts und Behörden der hessischen Landesverwaltung bereits im Jahr 2014 in einem Rundschreiben ausdrücklich auf dieses wichtige Ziel der Hessischen Landesregierung hingewiesen und aufgefordert, das ehrenamtliche Engagement umfassend zu würdigen.

Gesellschaftliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist ein wichtiger Beitrag zum Miteinander und zur Aufrechterhaltung des Staatswesens. Somit ist das freiwillige Engagement in Ehrenämtern eine tragende Säule der Gesellschaft. Eine lebendige Demokratie benötigt eine aktive Bürgergesellschaft.

Hessen versteht sich als „Engagement-Land“ und fördert den Einsatz der ehrenamtlich Aktiven mit zahlreichen Hilfestellungen und Anerkennungsstrukturen. Zu den bereits existierenden Instrumenten zur Förderung der Anerkennungskultur



gehören der Landesehrenbrief, der Versicherungsschutz für Ehrenamtliche, die bundesweit einmalige Landes-Ehrenamtsagentur, die Ehrenamts-card oder verschiedene Auszeichnungen des Monats.

Im Zuge der geplanten Verfassungsänderung wird die Regierungskoalition die Aufnahme des Staatsziels „Förderung des Ehrenamts“ der Bevölkerung zur Abstimmung vorlegen.

Hessen sagt Danke - mit der Ehrenamts-card

Mit der Ehrenamts-card (E-Card) hat das Land Hessen ein völlig neuartiges Instrument zur Förderung und Anerkennung freiwilligen Bürgerengagements geschaffen und sagt mit der E-Card „Danke!“ Denn für die E-Card kann man sich etwas „kaufen“: Inhaberinnen und Inhaber der Karte erhalten in ganz Hessen gültige Vergünstigungen auf zahlreiche öffentliche und private Angebote. Jeder, der sich mindestens fünf Stunden pro Woche für das Gemeinwohl einsetzt, kann die E-Card bekommen. Partner des Landes sind die hessischen Landkreise, kreisfreien Städte und Sonderstatusstädte. Bis heute wurden hessenweit rund 15.000 E-Cards ausgegeben.



„Auszeichnungen des Monats“

Im Rahmen der Ehrenamtskampagne zeichnet die Landesregierung jeden Monat öffentlichkeitswirksam besonders beispielhafte ehrenamtliche Initiativen und Vereine als „Initiative des Monats“ aus, macht sie landesweit bekannt und stellt einen Anerkennungsbetrag von jeweils 500 Euro zur Verfügung. Ebenso ausgezeichnet für ehrenamtliches Engagement werden eine „Stiftung des Monats“ und ein „Unternehmen des Monats“.

herzensangelegenheit

Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements

„Die Auszeichnung „Feuerwehr des Monats“ liegt mir besonders am Herzen. Mit dieser Auszeichnung danken wir besonders kreativen Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich in den Freiwilligen Feuerwehren engagieren. Dadurch

rum des Innern und für Sport eingehen, beweisen, dass die Feuerwehrangehörigen mit Herz und Freude bei der Sache sind – weit über den reinen Brandschutz hinaus.



bekommen sie einen Teil jener Wertschätzung, die sie verdienen“, so Staatssekretär Werner Koch. Sämtliche Bewerbungen, die um den Titel „Feuerwehr des Monats“ im Hessischen Ministe-

Die ehrenamtlichen Mitglieder der hessischen Feuerwehren denken mit, bringen sich ein, wollen bewegen und verändern. Das ist auch gut und richtig so. Die Feuerwehren in unserem Land

Feuerwehren des Monats 2014 im Überblick

Gemeindejugendfeuerwehr Edertal	Januar
Freiwillige Feuerwehr Hungen-Obbornhofen	Februar
Freiwillige Feuerwehr Groß-Gerau	März
Jugendfeuerwehr Trendelburg-Deisel	April
Höhlenrettergruppe Freiwillige Feuerwehr Breitscheid	Mai
Brandschutzerzieher der Freiwilligen Feuerwehr Bürstadt-Bobstadt	Juni
Übergangsguppe der Freiwilligen Feuerwehr Hofbieber	Juli
Freiwillige Feuerwehr Willingen-Usseln	August
Freiwillige Feuerwehr Lorch	September
Freiwillige Feuerwehr Nidda-Eichelsdorf	Oktober
Kinder- und Jugendfeuerwehr Jesberg	November
Freiwillige Feuerwehren Waldbrunn und Siegbach-Tringenstein	Dezember



brauchen diese Tatkraft, um weiterhin ihren so wichtigen Teil im Brandschutzwesen beitragen zu können. Mit ihrem Engagement schaffen es die Ehrenamtlichen aber auch, die Freiwilligen Feuerwehren für den Nachwuchs interessant zu machen. Dies beizubehalten und Kinder und Jugendliche für ihr Mitwirken in den Feuerwehren zu begeistern, ist die wichtigste und gleichzeitig eine der schwersten Aufgaben für die Zukunft.

Die Hessische Landesregierung will mit ihrem Engagement für die freiwilligen Brand- und Katastrophenschützer ihren Teil dazu beitragen, dass

zentriert in Marburg-Cappel beschlossen, sie unterstützt deshalb auch zum wiederholten Male eine Imagekampagne mit 360.000 Euro, mit der die Leidenschaft potenzieller Nachwuchsfeuer-männer und -frauen für die Feuerwehr entflammt werden soll.

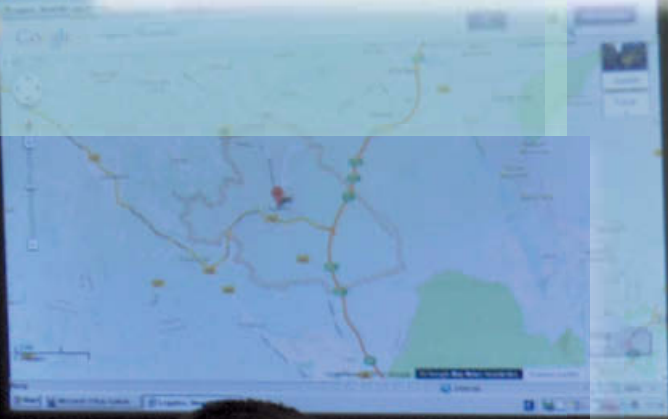
Zudem hat Hessen als erstes und bislang einziges Bundesland 2008 ein Pilotprojekt „Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) bei der Feuerwehr“ gestartet. Seit 2010 hat der Landesfeuerwehrverband die Trägerschaft für das FSJ bei der Feuerwehr übernommen.



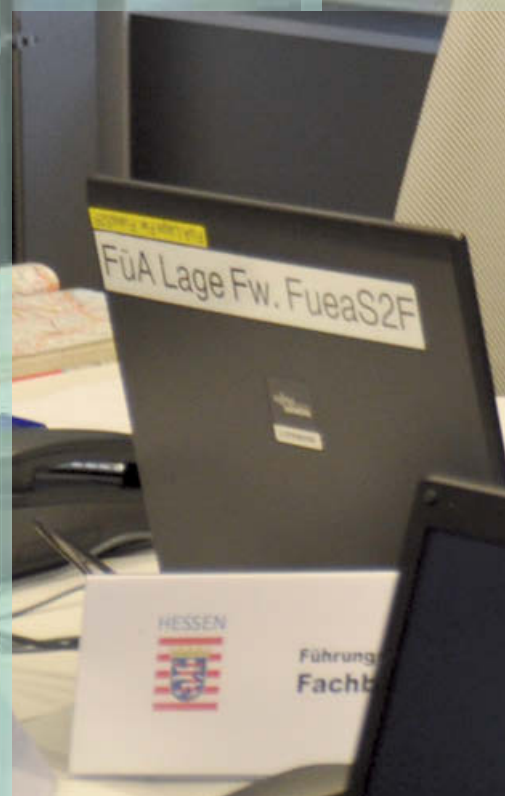
die Weichen für die Zukunft gestellt werden können. Das Hessische Innenministerium fördert deshalb nicht nur den Brand- und Katastrophenschutz in hohem Maße und hat im vergangenen Jahr den Neubau des Landesjugendfeuerwehr-

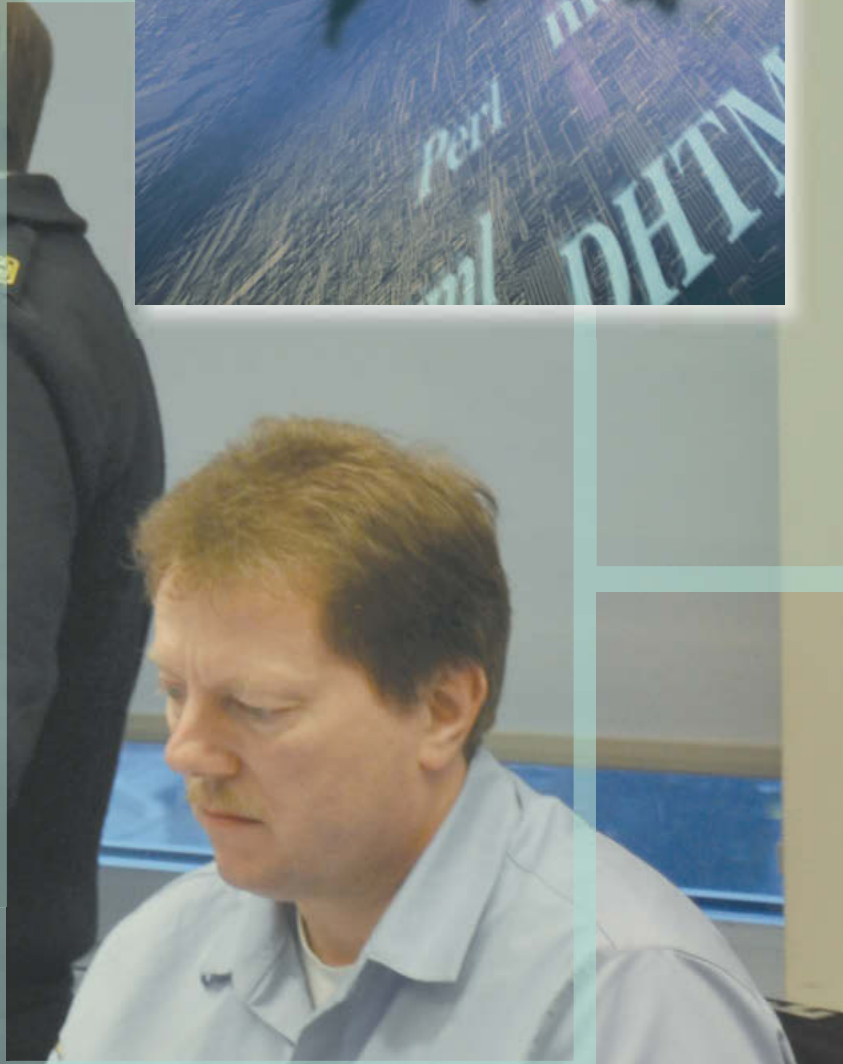


All dies soll dazu dienen, die Freiwillige Feuerwehr in Hessen nachhaltig zu stärken. Dazu leistet die Auszeichnung zur Feuerwehr des Monats einen wichtigen Beitrag.



frühjahr





januar

Ausbau beschleunigen

Cybersicherheit hat Priorität

Der Diebstahl elektronischer Identitäten, also Benutzername und Kennwort für Online-Konten, ist eines der schwerwiegenden Sicherheitsprobleme bei der Internetnutzung. „Als Landesverwaltung unternehmen wir seit Jahren große Anstrengungen, um Daten vor solchen kriminellen

sagte Innenminister Peter Beuth kurz nach seinem Amtsantritt im Januar.

„Die Taktung beim Aufbau der Cybersicherheit muss erhöht werden und sie muss dort schneller ankommen, wo besonderer Bedarf besteht, zum Beispiel beim digitalen Wirtschaftsschutz für kleine und mittlere Unternehmen und auch bei den Kommunen“, so Beuth.

Hessen hat die Herausforderungen von Cybercrime und Cybersicherheit frühzeitig erkannt und eine Abteilung „Cybercrime“ im Landeskriminalamt, Fachkommissariate in der Fläche und das Kompetenzzentrum „Cybersicherheit“ im Hessischen Innenministerium geschaffen.

Vor diesem Hintergrund wurde dem Minister das Computer-Emergency Response Team der Landesverwaltung, das CERT-Hessen, präsentiert. Das CERT-Hessen berät die Landesverwaltung und künftig auch die Kommunen in Fragen der Cybersicherheit und koordiniert sowie unterstützt bei IT-Sicherheitsvorfällen. Es ist aktiv in die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Cybersicherheitsfragen eingebunden. Das „CERT leistet einen wichtigen Beitrag Hessens zur Umsetzung der europäischen und der nationalen Cybersicherheitsstrategie. Es ist nur ein Beispiel für die Vielzahl von Maßnahmen, mit denen Hessen sich der Herausforderung für die Sicherheit stellt“.

Angriffen zu schützen und Straftaten in diesem Kontext zu verfolgen. Dazu gehört die Einrichtung einer Cybercrime-Abteilung beim Landeskriminalamt und von Fachkommissariaten bei den Polizeipräsidien ebenso wie die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Cybersicherheit im Innenministerium. Für uns als Landesregierung hat das Thema Cybersicherheit weiter Priorität“,

februar

Stromausfall bei Eis und Schnee

Hessen unterstützt Slowenien

Heftige Schneefälle und Eisregen haben im Februar in Slowenien zu flächendeckenden Stromausfällen geführt. In weiten Teilen des Landes war die Stromversorgung massiv gestört. Rund 80.000 Haushalte waren davon betroffen. Slowenien hatte daher die europäischen Länder um Unterstützung gebeten. Hilfe kam unter anderem aus Hessen: Über einen Zeitraum von drei Wochen unterstützte der Hessische Katastrophenschutz die Republik in Mittelosteuropa bei der Wiederherstellung der regulären Stromversorgung.

Dabei machte es sich bezahlt, dass der Hessische Katastrophenschutz als einer der wenigen in der Bundesrepublik über eine flächendeckende Ausstattung von insgesamt 27 Notstrom-Großaggregaten verfügt.

„Das Land Hessen hat sofort nach dem Hilfesuch seine Unterstützung angeboten. Ein 50-köpfiges Einsatzteam des Hessischen Katastrophenschutzes brach binnen weniger Stunden nach der Anfrage ins Einsatzgebiet auf. Den ursprünglich für sieben Tage geplanten Einsatz haben wir auf insgesamt drei Wochen verlängert, als absehbar wurde, dass das strenge Winterwetter die Menschen in den betroffenen Regionen weiterhin fest im Griff haben würde und mehrere zehntausend Sloweninnen und Slowenen weiter ohne reguläre Stromzufuhr sein würden“, sagte der Hessische Innenminister Peter Beuth.



An dem Ländereinsatz waren der Kreis Offenbach, der Main-Kinzig-Kreis, die Stadt Darmstadt, die Stadt Wiesbaden, der Lahn-Dill-Kreis, der Kreis Gießen, der Wetteraukreis, der Hochtaunus-Kreis, Main-Taunus-Kreis und der Kreis Darmstadt-Dieburg beteiligt. Die Hessische Landesfeuerwehrschule bildete das Vorauskommando und stellte einen Verbindungsbeamten, der in den Stab von Slowenien entsendet wurde.

„Ich bin froh, dass es mit der Unterstützung der hessischen Kräfte gelungen ist, die Versorgungslage der Menschen in Slowenien weiter zu verbessern. Die überwiegend ehrenamtlichen Kräfte des Hessischen Katastrophenschutzes haben mit Ihrem unermüdlichen Einsatz rund um die Uhr Hervorragendes geleistet“, so Beuth.

märz

Polizeiliche Kriminalstatistik 2013

Hessen gehört zu den sichersten Bundesländern - Kriminalitätsrückgang bei gesteigerter Aufklärungsquote

Der positive Trend der vergangenen Jahre hält an: Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2013 (PKS) wies bei einem Rückgang der Straftaten eine steigende Aufklärungsquote von zuletzt 58,8 auf 59,5 Prozent aus - die Aufklärungsquote 2013 ist damit die höchste seit Einführung der EDV-gestützten Kriminalstatistik im Jahr 1971.

„Die vorliegende Polizeiliche Kriminalstatistik stellt einen Spiegel der Polizeiarbeit in Hessen im Jahr 2013 dar. Mein Dank gilt deshalb besonders den Polizistinnen und Polizisten des Landes Hes-

sen. Sie haben in einem schwierigen und teilweise gefährlichen Beruf diesen Erfolg ermöglicht“, sagte Hessens Innenminister Peter Beuth bei der Vorstellung der PKS am 17. März.

Die Zahl der erfassten Straftaten sank um rund 8.800, ein Minus von 2,2 Prozent von 395.265 auf 386.778 Fälle. Die Häufigkeitszahl, also die Anzahl der registrierten Delikte pro 100.000 Einwohner, ist ein weiterer Indikator für eine erfolgreiche Sicherheitspolitik. Sie ist in der aktuellen Statistik mit 6.429 auf dem niedrigsten Stand seit 1979.

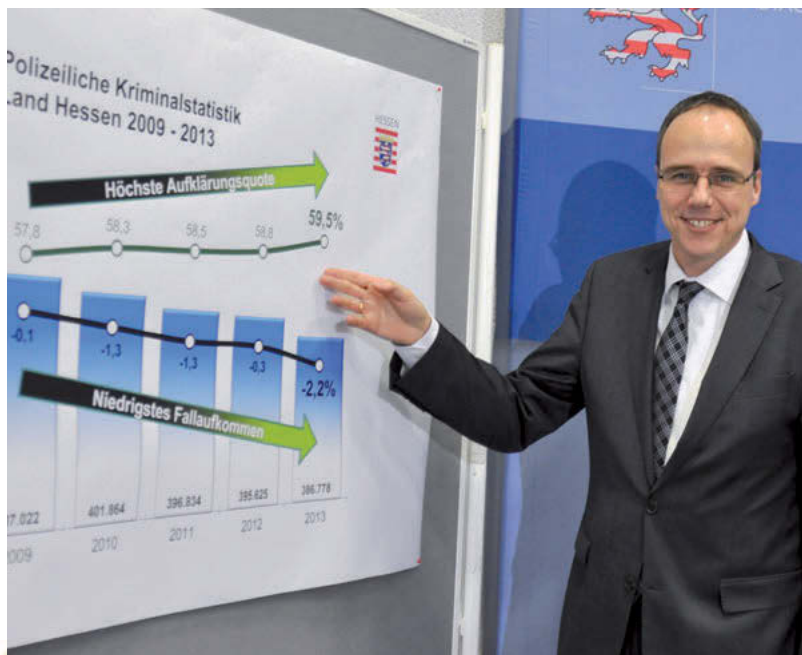
Polizeiliche Kriminalstatistik
Land Hessen 2009 - 2013

Höchste Aufklärungsquote	57,8	58,3	58,5	58,8	59,5
Niedrigstes Fallaufkommen	-0,1	-1,3	-1,3	-0,3	-2,2
in %	2009	2010	2011	2012	2013

Entscheidend für das Sicherheitsgefühl der hessischen Bevölkerung waren insbesondere die rückläufigen Delikte im Bereich der Straßenkriminalität. Wurden im Jahr 2003 noch 115.984 Fälle der Straßenkriminalität registriert, lag deren Anzahl 2013 bei 73.641, also 36,5 Prozent niedriger. Auch im Vorjahresvergleich war ein Rückgang um 2.049 Fälle zu verzeichnen.

„Sehr eindrucksvoll lässt sich am Beispiel der Straßenkriminalität aufzeigen, wie die hessische Sicherheitsstrategie mit ihren Programmen ‚300 in drei Jahren‘ und ‚Regionale Sicherheit‘ wirkt. Denn bei der Zahl der Straftaten der Straßenkriminalität verzeichnen wir den niedrigsten Wert seit 20 Jahren. Straßenkriminalität findet auf öffentlichen Straßen, Plätzen oder Wegen statt. Darunter fallen unter anderem Raubüberfälle, Körperverletzungen, Taschendiebstähle, Diebstähle ‚rund um das Auto‘ und von Zweirädern sowie Sachbeschädigungen. Die hessische Polizei zeigt Präsenz, um gerade diese Delikte zu bekämpfen. Dies ist mir auch in Zukunft ein wichtiges Anliegen. Mit der Sicherheitsoffensive Hessen bringen wir mehr Polizeibeamtinnen und -beamte auf die Straße, um regionale Programme, wie beispielhaft die ‚Sichere Innenstadt Wiesbaden‘ im Polizeipräsidium Westhessen, zu unterstützen“, so Beuth.

Eine weitere Maßnahme, die für den Rückgang der Straßenkriminalität Sorge, sei die Videoüberwachung im öffentlichen Raum. „Wir wollen keinen ‚gläsernen Menschen‘ schaffen. Ganz im Gegenteil, wir wollen die Freiheitsrechte der



Bürger schützen und dazu gehört es, Straftaten nicht nur aufzuklären, sondern zu verhindern“, erklärte der Innenminister.

Durch die Gesamtheit der vielfältigen strategischen und operativen Maßnahmen bei der Bekämpfung des **Wohnungseinbruchdiebstahls** war es der hessischen Polizei 2013 gelungen, dem bundesweiten Trend einer erheblichen Steigerung der Fallzahlen entgegenzuwirken. Insgesamt war eine geringe Erhöhung von 225 Fällen (+2,1 Prozent) auf 10.795 Wohnungseinbrüche zu konstatieren. Die Aufklärungsquote sank um 1,3 Prozentpunkte auf 19,4 Prozent. Diese Entwicklung war dem spürbar zunehmenden Zustrom von reisenden Tätern sowie professionellen Tätergruppen, unter anderem aus dem Bereich der ost-/südosteuropäischen Staaten und dem nach wie vor hohen Anteil ortsansässiger Mehrfach- und Intensivtäter zuzurechnen.

Bei 41,8 Prozent (4.511 Fälle) mussten die Täter ihr Vorhaben bereits im Versuchsstadium abbrechen, es kam nicht zur Tatvollendung. Die leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Prozentpunkte bestätigte die Strategie der intensiven Präventions- und Sensibilisierungsmaßnahmen der hessischen Polizei. Die in Hessen durchge-





führten sicherheitstechnischen Beratungen und aufsuchenden Präventionsmaßnahmen sowie Warnmeldungen in den Medien dürften im Wesentlichen mitursächlich für den hohen Ver- suchsanteil gewesen sein.

Die Wiederholung der bereits im Vorjahr erfolg- reich durchgeführten Kampagne während der Ferienzeit „Sicheres Hessen. Einbrechern einen Riegel vorschieben...!“ und die „Offensive gegen Wohnungseinbrüche“ in der sogenannten dunk- len Jahreszeit stellten wesentliche Säulen bei der Bekämpfung des Phänomens dar.

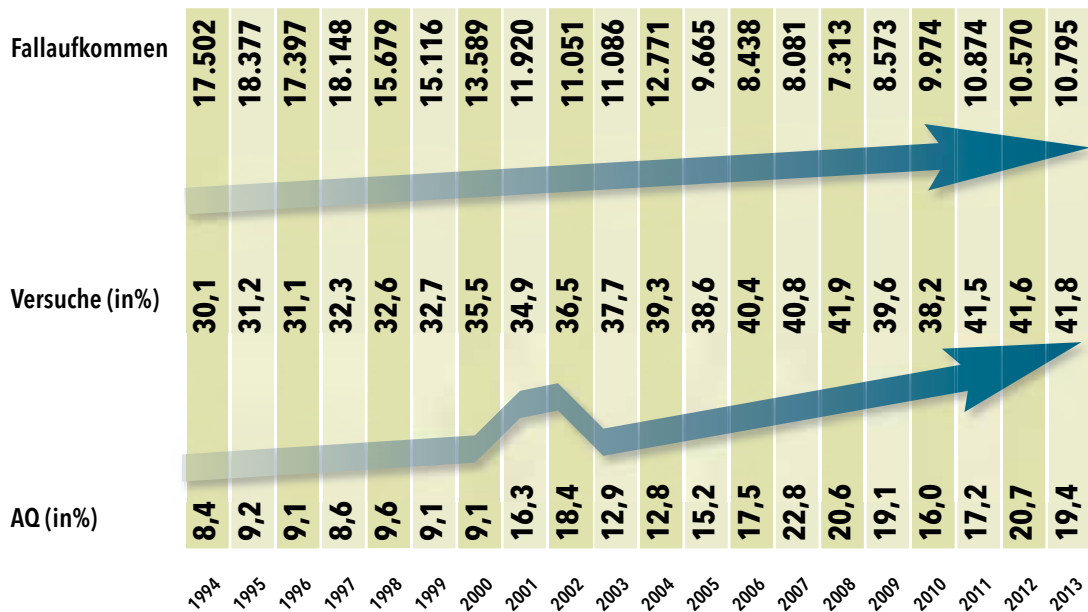
„Ein Einbruch in die eigenen vier Wände ist für die Betroffenen eine oft traumatische Erfahrung.

Unser Augenmerk gilt daher neben der ent- schlossenen Verfolgung dieser Straftaten gerade auch der Verhinderung von Wohnungsein- brüchen. Zum einen mittels polizeilicher Bera- tung zur Sicherung von Haus und Wohnung, zum anderen aber auch durch gezielte Kontrollmaß- nahmen und Präsenz von Polizeibeamten auf der Straße, die mögliche Täter abschreckt. Diese Maßnahmen werden wir mit Nachdruck weiter- führen“, erläuterte Innenminister Peter Beuth.

Struktur der Gesamtkriminalität 2013 (nach den Hauptgruppen)

	in %		
Schwerer Diebstahl	16,0	15,7	+0,3
Vermögens- und Fälschungsdelikte	21,8	23,0	-1,2
Sonstige Straftatbestände StGB	16,2	16,8	-0,6
Strafrechtliche Nebengesetze	12,6	11,4	+1,2
Straftaten gegen das Leben	0,1	0,1	0
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	0,8	0,9	+0,1
Rohheitsdelikte	11,0	11,0	0
Einfacher Diebstahl	21,5	21,2	+0,3
	%-Angaben gerundet	Vorjahreswerte	Veränderung

Wohnungseinbruchdiebstahl



Die Anzahl der **Straftaten**, die sich gegen das **Internet** richteten oder mit dem **Tatmittel Internet** verübt wurden, ist im Jahr 2013 um 2.569 auf 16.309 Fälle (-13,6 Prozent) gesunken. Die Aufklärungsquote lag hier bei 76,9 Prozent.

In seinem Fazit wies der Minister darauf hin, dass die Gesamtstraftaten in den letzten zehn Jahren um über 75.000 Fälle zurückgegangen seien und

im gleichen Zeitraum die Aufklärungsquote um sieben Prozent gestiegen sei. „Die hessische Sicherheitspolitik hat sich bewährt“, sagte Innenminister Beuth, „ich sehe den Herausforderungen der Zukunft mit dem Wissen entgegen, dass Hessen sehr gut aufgestellt ist. Mit den entsprechenden konsequenten politischen Weichenstellungen wollen wir dafür sorgen, dass Hessen weiter so sicher bleibt.“



Hochwasser-Soforthilfe-Programm abgeschlossen

Landesregierung zahlt insgesamt rund 500.000 Euro aus



Die Hessische Landesregierung hat für die vom Hochwasser im Mai und Juni 2013 geschädigten Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen in Hessen Soforthilfen in Höhe von insgesamt rund 500.000 Euro ausgezahlt. Das gab Innenminister Peter Beuth im März bekannt.

„Mit dem Soforthilfe-Programm hat die Landesregierung vor allem vielen Bürgerinnen und Bürgern unter die Arme gegriffen, die durch das Hochwasser ihr Hab und Gut verloren haben“, erklärte Beuth.

Besonders betroffen war der Werra-Meißner-Kreis, für den allein Förderbescheide in Höhe von rund 300.000 Euro Soforthilfe übergeben wurden.

Expertenkommission

Hans-Joachim Jentsch als Vorsitzender vorgestellt

Mit der Vorstellung von Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Joachim Jentsch, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, als Vorsitzender der Expertenkommission machte die Hessische Landesregierung im März den ersten Schritt in Richtung der Umsetzung des Koalitionsvertrags, in der die Einsetzung einer Expertenkommission auf Landesebene fixiert ist.

„Die Expertenkommission der Landesregierung wird auf Grundlage der 47 Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags Vorschläge zur zukünftigen Arbeit der hessischen Sicherheitsbehörden und zur Zusammenarbeit zwischen den Ländern und mit dem Bund unterbreiten. Die Expertenkommission kann dabei auf bereits begonnene Vorarbeiten aufbauen. Das hessische Innenministerium war über ein Jahr lang damit beschäftigt - nicht zuletzt im Rahmen des bundesweit wohl einmaligen Projekts „Neuausrichtung des Verfassungsschutzes“ - Antworten auf die Frage einer die Sicherheit erhöhenden Neuausrichtung in Form

von Leitlinien, sinnvollen Umorganisationen und auch Entwürfen zur Neufassung einzelner gesetzlicher Vorschriften zu formulieren“, erklärte Beuth.



Übungsszenario im Polizeipräsidium Frankfurt

Deeskalationstraining mit Blick auf anstehende Groß-Demonstrationen

Ein Deeskalationstraining im März im Polizeipräsidium Frankfurt hat das polizeiliche Ziel verdeutlicht, Einsatzkräfte stets in deeskalierendem,



differenziertem und kooperativem Verhalten gegenüber Demonstrationsteilnehmern weiterzubilden.

Nach dem Übungsszenario zeigte sich der Hessische Innenminister Peter Beuth beeindruckt von der Professionalität der Polizei: „Diese Übung hat die polizeiliche Rolle und den polizeilichen Auftrag verdeutlicht, den Schutz des Grundrechts der Versammlungsfreiheit zu gewährleisten. Dabei geht es auch darum, friedliche Demonstranten vor Störern und Straftätern zu schützen, die den friedlichen Veranstaltungsablauf stören wollen“, sagte Beuth.



Aufstellung von Eröffnungsbilanzen und Jahresabschlüssen

Förderprogramm ist ein voller Erfolg

„Wir wollen Anreize setzen, dass auch die Kommunen eine nachhaltige Haushaltspolitik betreiben und langfristig planen können. Daher unterstützt das Hessische Innenministerium kleinere Gemeinden bei der Umstellung auf das doppische Rechnungswesen. Wir fördern die Aufstellung von Eröffnungsbilanzen sowie von Jahresabschlüssen“, sagte Hessens Innen- und Kommunalminister Peter Beuth im März.

Das Interesse der Gemeinden an dem unbürokratischen Förderprogramm ist groß. Bis Ende Dezember 2014 sind im Innenministerium 221 Anträge von insgesamt 175 Kommunen einge-

gangen. Die Bewilligungssumme beläuft sich bis zum 31. Dezember 2014 auf mehr als fünf Millionen Euro.

Die Eröffnungsbilanz ist wesentlicher Bestandteil für die doppische Haushaltswirtschaft. Sie ist unverzichtbar, da nur auf einer haushaltswirtschaftlich fundierten Grundlage tragfähige zukunftsfähige Entscheidungen getroffen werden können. Im Gegensatz zur bisherigen Verwaltungsbuchführung werden in der Doppik nicht nur Zahlungen erfasst, sondern auch Verbindlichkeiten, die erst künftig zu Zahlungen führen können.



frühling





april

Verkehrsunfallstatistik Hessen 2013

Gesamtzahl der Verkehrsunfälle rückläufig

Im Jahr 2013 ist erstmals seit 2009 wieder ein Rückgang der Zahl der Verkehrsunfälle festzustellen gewesen. Die hessische Polizei registrierte 131.597 Verkehrsunfälle. Das sind 1,6 Prozent oder 2.151 Verkehrsunfälle weniger als im Vorjahr.

Weniger Verkehrsunfälle mit schweren Folgen

Mit 215 tödlich Verunglückten kamen 64 Menschen weniger ums Leben als im Jahr 2012.

Polizeiliche Verkehrsunfallstatistik Land Hessen 2004 - 2013

Getötete	448	372	378	375	316	309	249	264	279	215
Schwerverletzte	5.910	5.206	5.443	5.297	4.918	5.009	4.700	5.253	5.075	4.713
Gesamtunfälle	135.010	128.102	129.608	134.891	132.435	130.075	132.946	133.474	133.748	131.597
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013

Rückgang der Zahl Getöteter und Schwerverletzter

Bei Verkehrsunfällen mit Verunglückten, also solchen, bei denen Menschen verletzt oder getötet wurden, fiel der Rückgang mit 5,3 Prozent (minus 1.150) noch deutlicher aus.

Diese Zahl wurde in der Presse als historischer Tiefstand seit 1950 kommentiert.

Innenminister Beuth sagte in der Pressekonferenz im April zur Vorstellung des Verkehrsberichts Hessen 2013: „Die Verringerung der Zahl der bei Verkehrsunfällen Getöteten und Schwerverletzten ist eine Entwicklung in die richtige Richtung. Tödliche Verkehrsunfälle, aber auch solche mit Schwerverletzten, bedeuten großes Leid für zahlreiche Betroffene im sozialen Nahbereich der Verunglückten. Daher richtet die hessische Polizei ihre Maßnahmen weiterhin auf die Reduzierung der Zahl schwerer Verkehrsunfälle aus.“

Häufig hängt es von verschiedenen Faktoren ab, ob ein Unfallbeteiligter stirbt oder schwer verletzt wird. Schleudert z. B. ein Pkw mit der ungeschützten Fahrerseite gegen einen Baum kann der Unfall tödlich enden. Prallt er mit der Front gegen diesen Baum können technische Schutzvorrichtungen ihre Wirkung entfalten und die Schwere der Verletzungen abmildern. Deshalb betrachtet die hessische Polizei die Gruppe der Getöteten und Schwerverletzten grundsätzlich zusammen. Deren Gesamtsumme ist im Jahr 2013 (4.928) gegenüber dem Vorjahr (5.354) um 426 Personen zurückgegangen (minus 8 Prozent). Der positive Langzeittrend wird damit fortgesetzt.

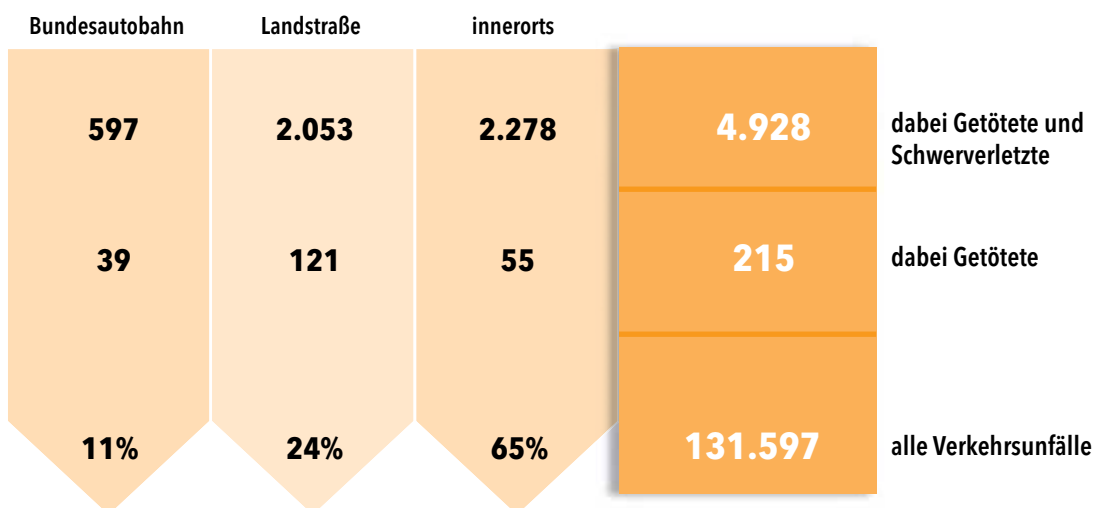
Mehr als die Hälfte der Verkehrsunfalltoten auf Landstraßen

Mit einem Anteil von 65,3 Prozent, das sind 85.922 Unfälle, ereigneten sich die meisten aller Verkehrsunfälle innerhalb von Ortschaften (2012: 85.983). Das Gros liegt hier jedoch bei den Sachschadensunfällen.



Während sich die Zahl der Verkehrsunfälle innerorts auf nahezu gleichem Niveau wie im Vorjahr bewegte, ist die Zahl der Verkehrsunfälle auf Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften (zusammengefasst unter dem Begriff Landstraße, ohne Autobahnen) um 5,7 Prozent gesunken (1.868).

Unfallverteilung nach Verkehrsraum



Trotz des Rückgangs von Verkehrsunfällen auf Landstraßen, hier ereigneten sich nur gut ein Viertel aller Verkehrsunfälle, waren dort mehr als die Hälfte (56,3 Prozent) der Verkehrsunfalltoten zu verzeichnen. Als Hauptunfallursache konnte hierbei „nicht angepasste Geschwindigkeit“ festgestellt werden.

Der Verkehrsraum Landstraße steht daher auch weiterhin im besonderen Fokus der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit.

Wer ist wo am häufigsten betroffen?

Pkw waren am häufigsten an Unfällen auf Autobahnen und Landstraßen beteiligt. Auf Landstraßen zeigen Motorräder und Mopeds die zweithäufigste Beteiligung. Innerorts waren Fußgänger am häufigsten beteiligt, gefolgt von Pkw, Fahrrädern und Motorrädern / Mopeds.

Zwei Drittel der insgesamt tödlich verunglückten motorisierten Zweiradfahrer kamen auf Landstraßen ums Leben.

Schwächere und weniger geschützte Verkehrsteilnehmer besonders gefährdet

Von den 215 bei Verkehrsunfällen getöteten Menschen nahmen etwa 20 Prozent als Fußgänger, 3 Prozent als Fahrradfahrer (2011 und 2012 jeweils etwa 7 Prozent) und 23 Prozent als Motorrad- bzw. Mopedfahrer am Straßenverkehr teil. Beinahe die Hälfte der tödlich verunglückten Personen (97) war der Gruppe der schwächeren

bzw. weniger geschützten Verkehrsteilnehmer zuzurechnen. In Stadtgebieten war der Anteil der Fußgänger und Radfahrer an den Straßenverkehrstoten noch höher.



Geschwindigkeit ist die Hauptunfallursache bei Verkehrsunfällen mit schweren Folgen

Bei der Betrachtung der Unfallursachen war festzustellen: Je schwerer die Folge, desto höher war der Anteil der Verkehrsunfälle, bei denen nicht angepasste Geschwindigkeit mitursächlich für die Unfallentstehung gewesen war. Während der Anteil dieser Ursache an allen Verkehrsunfällen



lediglich etwa 9 Prozent betrug, lag er bei denen mit Getöteten und Schwerverletzten schon bei 25 Prozent. Bei den Verkehrsunfällen mit Getöteten war nicht angepasste Geschwindigkeit hingegen mitursächlich in 43 Prozent aller Verkehrsunfälle. Das heißt, dass bei 90 der tödlich verletzten Verkehrsteilnehmer, nicht angepasste Geschwindigkeit mitursächlich für die Unfallentstehung war. Zu hohe bzw. nicht angepasste Geschwindigkeit ist nach wie vor die Hauptunfallursache bei Verkehrsunfällen mit schweren Folgen.

(B)RENNPUNKT Geschwindigkeit

Auf Grundlage dieser Erkenntnisse kündigte Innenminister Peter Beuth für das Jahr 2014 ein gezieltes Verkehrssicherheitsprogramm der hessischen Polizei an: Mit der Aktion „(B)RENNPUNKT Geschwindigkeit“ wird sich die hessische Polizei im Jahr 2014 konsequent der Bekämpfung der Hauptunfallursache bei Verkehrsunfällen mit schweren Folgen widmen und dabei vor allem auf vermehrte Geschwindigkeitskontrollen setzen - allen voran dort, wo schwache Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer besonders gefährdet sind.

Damit einhergehend steht der Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer im Fokus der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit.

„Insgesamt soll die Aktion ‚(B)RENNPUNKT Geschwindigkeit‘ die - insbesondere für schwächere Verkehrsteilnehmer bestehenden - Gefahren zu schnellen Fahrens nachhaltig in das Bewusstsein der Verkehrsteilnehmer bringen. Wir setzen darauf, dass die Verkehrsmoral steigt. Denn die trägt entscheidend zum Sicherheitsgewinn für alle Bürgerinnen und Bürger im Straßenverkehr bei“, betonte der Hessische Innenminister Peter Beuth.



Getötete nach Verkehrsraum und Verkehrsart

	Bundesautobahn	Landstraße	innerorts
Pkw	26	73	9
Motorrad / Moped	5	32	11
Fußgänger	5	9	28
Fahrrad	-	2	5
Lkw	3	3	-
sonstige	-	2	2
Gesamt	39	121	55

Hessen mit eigenem Gütesiegel bundesweiter Vorreiter „Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“

Hessen stellt sich als größter Arbeitgeber des Landes den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels. Neben der Sicherheit des Arbeitsplatzes und einer wertschätzenden Unter-

befassen“, sagte der Innenminister Peter Beuth im April anlässlich der erstmaligen Verleihung des Gütesiegel an 19 Landesdienststellen.



nehmenskultur kommt gerade der Balance zwischen Familie und Beruf eine immer größere Bedeutung zu. „Die hessische Landesverwaltung möchte mit gutem Beispiel vorangehen und hat deshalb mit dem Gütesiegel ‚Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen‘ eine Auszeichnung geschaffen, die unsere Dienststellen motivieren soll, sich aktiv mit diesem Thema zu

„Das Land hat das Gütesiegel entwickelt, weil durch neue Familienstrukturen und geänderte Rollenbilder neue Ansprüche an Arbeitgeber gestellt werden. Im Wettbewerb um die besten Köpfe in Hessen müssen wir die Attraktivität des öffentlichen Dienstes weiter erhöhen“, erklärte der Innenminister.

Die 19 ausgezeichneten Dienststellen sind:

Region Darmstadt

- 1 Regierungspräsidium Darmstadt
- 2 Landesmuseum Darmstadt
- 3 Hessisches Amt für Versorgung und Soziales Darmstadt
- 4 Staatsanwaltschaft Darmstadt
- 5 Amtsgericht Darmstadt
- 6 Finanzamt Dieburg
- 7 Justizvollzugsanstalt Dieburg
- 8 Polizeipräsidium Südhessen
- 9 Amtsgericht Dieburg
- 10 Verwaltungsgericht Darmstadt
- 11 Hessisches Baumanagement Süd Darmstadt

- 12 Finanzamt Darmstadt
- 13 Hessische Eichdirektion Darmstadt
- 14 Justizvollzugsanstalt Weiterstadt
- 15 Studienseminar Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen Darmstadt
- 16 Studienseminar für Gymnasien Darmstadt
- 17 Studienseminar Beruflichen Schulen Darmstadt

Wiesbaden

- 18 Hessische Zentrale für Datenverarbeitung Wiesbaden
- 19 Hessisches Statistisches Landesamt Wiesbaden

Weitere Informationen: www.gfa.hessen.de

Gerätewagen-Übergabe an den Katastrophenschutz

Hochwasserschutz in Hessen weiter gestärkt

Durch die Übergabe von 26 Gerätewagen an die Feuerwehren hat die Landesregierung den Hochwasserschutz in Hessen weiter gestärkt. Das betonte Innenminister Peter Beuth im April im Rahmen der Indienststellung der Fahrzeuge im Gesamtwert von 4,55 Millionen Euro.

„Wir setzen mit diesen Fahrzeugen einen weiteren Meilenstein im Rahmen unserer Ausstattungsoffensive im hessischen Katastrophenschutz. Die Hessische Landesregierung hat seit dem Jahr 2008 über 30 Millionen Euro in die Ausstattung investiert. Die Helferinnen und Helfer verfügen heute über die umfassendste und modernste Ausstattung in der Geschichte des Hessischen Katastrophenschutzes. Ich freue mich, dass der Katastrophenschutz dadurch einmal mehr seiner bundesweit herausragenden Rolle gerecht wird“, erklärte Beuth.



Jugendfeuerwehrausbildungszentrum

Auch Neubau am Standort Marburg-Cappel

Der Neubau des Jugendfeuerwehrausbildungszentrums wird in Marburg-Cappel errichtet. Das gab der Hessische Innenminister Peter Beuth im April bekannt. „Nach reiflicher Überlegung und Abwägung der Vor- und Nachteile einer möglichen Verlagerung des Jugendfeuerwehrausbildungszentrums habe ich entschieden, den Standort Marburg-Cappel beizubehalten“, sagte der Staatminister im Rahmen der Versammlung des Landesfeuerwehrverbandes Hessen.

Neben der zentralen Lage in Mittelhessen hat sich Marburg in den vergangenen Jahren als Standort bewährt - insbesondere auch durch die örtliche Integration der Geschäftsstelle der Hessischen Jugendfeuerwehr in das Jugendausbildungszentrum im Stadtteil Cappel.

Das Jugendfeuerwehrausbildungszentrum ist seit vielen Jahren fester Bestandteil der Hessischen Landesfeuerwehrschule für die Aus- und Fortbildung von Jugendfeuerwehrwartinnen und Jugendfeuerwehrwarten. „Ich bin zuversichtlich,



dass wir mit dieser Entscheidung einen unverzichtbaren Beitrag zur Nachwuchsgewinnung und somit zum Erhalt der ehrenamtlichen Strukturen im Feuerwehrwesen leisten“, so der Innenminister.

mai

Body-Cam

Projekt auf Wiesbaden und Offenbach ausgeweitet

Zum Schutz der Polizistinnen und Polizisten führt die hessische Polizei seit dem Jahr 2013 ein Projekt durch, um die Beamten durch das Tragen sogenannter „Body-Cams“ im Einsatz vor gewalttätigen Übergriffen zu schützen. Nach den sehr guten Erfahrungen in Frankfurt wurde das Projekt Anfang Mai auf Offenbach und Wiesbaden aus-

geweitet. Hessen ist das erste Bundesland, das die Body-Cam zum Schutz von Polizeibeamtinnen und -beamten einsetzt.

„Das Konzept Body-Cam der hessischen Polizei erfährt bundesweit und darüber hinaus in Europa hohes Interesse und Anerkennung. Neben anderen Bundesländern haben sich auch die Bundespolizei, die ungarische Polizei sowie die Kantonspolizei Luzern über das hessische Modell des Einsatzes der Body-Cam informiert und prüfen ihrerseits die Einführung“, sagte Innenminister Peter Beuth im Rahmen der Pressekonferenz zur Projektausweitung im Mai.

„In Frankfurt haben Polizeipraktiker das Konzept der Body-Cam entwickelt. Diese guten Ideen wurden vom Landespolizeipräsident im Innenministerium gerne aufgegriffen. Die bisherigen Pilotprojekte zeigen eindrucksvoll, wie gut die Vorschläge waren und sind. Denn die Body-Cams schützen wirksam“, so der Innenminister.

Kontrollen in Brennpunktbereichen

Das Tragen der Schulterkameras soll bei Kontrollen in Brennpunktbereichen potenzielle Aggressoren abschrecken und zu einer Deeskalation der Kontrollsituation beitragen. Dem Phänomen „Gewalt gegen Polizeibeamte“ wird zudem mit der Intensivierung des Einsatztrainings und einer weiteren Verbesserung der Ausstattung begegnet.



Mit Pfefferspray, persönlicher Schutzweste, Körperprotektoren und der Einführung des Teleskopschlagstockes wurden die Rahmenbedingungen für den täglichen Dienst der hessischen Polizei bereits optimiert.

Insgesamt kam es im Jahr 2013 bis zur Einführung der Kameras in Hessen zu insgesamt 1.710 Strafanzeigen aus Anlass von Angriffen gegen Polizeibeamtinnen- und beamtete, davon alleine 258 Strafanzeigen im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Westhessen und weitere 117 im Bereich Offenbach. Die Angriffe ereigneten

speziell in Nachtdiensten und an Wochenenden zum Einsatz kommen soll“, erklärte Innenminister Peter Beuth.

Nach Beginn des Body-Cam-Pilotprojekts in Frankfurt ging die Zahl der Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte dort binnen eines halben Jahres um rund ein Drittel von 27 auf 20 Fälle zurück. Noch erfreulicher fällt eine erste Bilanz bei verletzten Polizeibeamtinnen und -beamten aus: Während im vergleichbaren Vorjahreszeitraum noch vier Beamtinnen und -beamte ärztlich behandelt werden mussten, gab es 2013 keine



sich größtenteils an den Wochenenden auf öffentlichen Straßen und Plätzen in der Zeit zwischen 21 und 4 Uhr. Knapp die Hälfte aller Tatverdächtigen stand bei den Angriffen unter Alkoholeinfluss.

Zahlen belegen präventiven Effekt

„Auf Grundlage einer sorgfältigen Analyse sind für Wiesbaden und Offenbach Einsatzbereiche beschrieben worden, in denen die Body-Cam

Verletzten mehr zu beklagen. Ein deutliches Zeichen, dass der beabsichtigte präventive Effekt mit der Body-Cam erzielt wird.

„Auf Basis dieser positiven Erfahrungen bin ich mir sicher, dass wir mit der Body-Cam für die hessische Polizei ein wegweisendes polizeiliches Einsatzmittel entwickelt haben, um der zunehmenden Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten wirksam zu begegnen“, sagte Beuth.

50. Jubiläum der Hessischen Jugendfeuerwehr - Aktionstag

Präsentation der Gewinnerprojekte des Nachhaltigkeitswettbewerbs „Mit Blaulicht in die Zukunft“

Im Mai hat Innenminister Peter Beuth im Rahmen des Aktionstags zum 50. Jubiläum der Hessischen Jugendfeuerwehren in Marburg die

Denn Vereine und ehrenamtliche Institutionen sind wichtige Akteure, wenn es um Nachhaltigkeit geht: Dort finden sich engagierte Bürgerin-



Gewinnerprojekte des Nachhaltigkeitswettbewerbs „Mit Blaulicht in die Zukunft“ geehrt.

„Die Ergebnisse des Wettbewerbs zeigen eindrucksvoll, dass die Kooperation zur Nachhaltigkeitsstrategie Hessens mit dem Landesfeuerwehrverband der richtige Schritt war. Doch erst mit der engagierten ehrenamtlichen Arbeit der jungen Kameradinnen und Kameraden konnten die kreativen Ideen auch umgesetzt werden. Sie haben bewiesen, dass sie mit großem Einsatz eine nachhaltige Zukunft in Hessen vorantreiben“, sagte Innenminister Peter Beuth.

Ziel des Wettbewerbs war es, die Jugendfeuerwehren bei der Gewinnung neuer Mitglieder zu unterstützen und gleichzeitig die Idee eines nachhaltigen Lebensstils in die Breite zu tragen – so wird ehrenamtliches Engagement junger Menschen in Hessen unterstützt und gefördert.

nen und Bürger zusammen, die sich für die Gesellschaft einsetzen. Deshalb setzt die Nachhaltigkeitsstrategie Hessen in ihrer Arbeit unter anderem hier einen Schwerpunkt.

„Wir brauchen Menschen, die bereit sind, sich in ihrer Freizeit fortzubilden, um gute Arbeit leisten zu können. Es ist überragend, wie viel sie in den Jugendfeuerwehren für den Nachwuchs, die Feuerwehr und die Gesellschaft tun. In über 2.000 hessischen Orten und Ortsteilen werden in den Jugendfeuerwehren von ihnen unzählige Ausbildungen und Übungen durchgeführt. Zehntausende Kinder und Jugendliche werden hervorragend betreut, ausgebildet aber auch gefordert. Wir brauchen die Freiwilligen Feuerwehren und deren ehrenamtliches Engagement. Was sie leisten und bewegen basiert auf großem Engagement, Kreativität und hohem Zeitaufwand“, so der Innenminister.

Katastrophenschutz Helfer ausgezeichnet

Hessische Katastrophenschutz Helfer für Auslandseinsatz in Slowenien ausgezeichnet

Bei einer Dankesfeier in Neu-Isenburg hat der Innenminister Peter Beuth 121 hessische Helfer aus Feuerwehren und dem Technischen Hilfswerk für ihren Einsatz im Rahmen der Schneekatastrophe in Slowenien Anfang Februar ausgezeichnet. Beuth verlieh den Helfern die neu gestiftete Einsatzmedaille „Ausland“ des Hessischen Katastrophenschutzes.

„Das Land Hessen ist den Helfern in hohem Maß zu Dank und Anerkennung verpflichtet. Was sie geleistet haben, hat nicht nur in Slowenien, sondern auch in Deutschland weit über die Grenzen Hessens hinaus Beachtung gefunden“, sagte der Innenminister.

Auf ein internationales Hilfeersuchen Sloweniens hatte Hessen als eines der ersten Länder seine Hilfe angeboten. „Die Einsatzmedaille ‚Ausland‘ ist ein sichtbares Zeichen für die auch international anerkannte Hilfsbereitschaft. Durch den selbstlosen Einsatz war es möglich, den von der Schneekatastrophe in Slowenien betroffenen Menschen schnell und kompetent zu helfen“, so Beuth.

Zu der Dankesfeier waren neben den überwiegend ehrenamtlichen Helfern des Einsatzes auch deren Arbeitgeber eingeladen, die ihre Mitar-

beiter für die Einsatzdauer von der Arbeit freigestellt hatten. Der Staatsminister überreichte den Arbeitgebern als Anerkennung für ihre Unterstützung ein offizielles Dankschreiben des Landes Hessen.





Sommer





Tag der Polizei auf dem Hessentag

Vereidigung von Polizeianwärterinnen und Polizeianwärtern

Im Rahmen des Hessentags im Juni hat Innenminister Peter Beuth insgesamt 460 Polizei- und Kommissaranwärterinnen und anwärter vereidigt. An der feierlichen Zeremonie nahm auch der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier teil.

„Polizeibeamtin oder Polizeibeamter zu werden, bedeutet mehr als einen Beruf zu wählen. Es ist eine Berufung. Zu ihrem künftigen Arbeitsalltag gehören besondere Anforderungen, sowohl was die Einsätze angeht als auch die Arbeitszeiten. Dessen sind die Anwärterinnen und Anwärter

sich und wir uns alle bewusst. Für das besondere Engagement der Polizei in Hessen sind wir sehr dankbar“, sagte der Ministerpräsident.

Drei Anwärterinnen und Anwärter haben eine ausländische Staatsangehörigkeit, 22 eine doppelte Staatsbürgerschaft. Fünf gehören der Sportfördergruppe an und haben im Ringen, Rudern, Volleyball und Schießen bereits mehrfach Edelmetall bei Deutschen- und Hessenmeisterschaften gewonnen sowie sich für Europa- und Weltmeisterschaften qualifiziert.





„Sie alle sind die Wahrer von Recht und Freiheit und es ist ihre Aufgabe, dass alle Bürgerinnen und Bürger diese Rechte und Freiheiten haben. Polizistin oder Polizist zu sein, ist etwas ganz Besonderes. Gleichzeitig sind mit dem Einsatz als Polizistin und Polizist aber hoffentlich auch viele abwechslungsreiche und unvergessliche Stunden in einer tollen Gemeinschaft verbunden“, so Innenminister Beuth.

Nach der feierlichen Zeremonie eröffnete der Minister das Nachmittagsprogramm zum „Tag der Polizei“. Dabei zeigten Beamte des Spezial-

einsatzkommandos (SEK) gemeinsam mit der Bundespolizei / GSG 9 Teile ihres Einsatzspektrums. Die Reiterstaffel und Diensthundeführer stellten die Arbeit mit ihren vierbeinigen Kollegen vor, zudem präsentierte die Kradstaffel künstlerische Kunststücke.

Darüber hinaus gab es wie in jedem Jahr eine Vielzahl interessanter Ausstellungen auf dem Gelände, wie beispielsweise Sonderfahrzeuge, ein Polizeiboot, historische Fahrzeuge und Uniformen sowie Spitzensportler der Polizei Hessen, die den Besuchern Rede und Antwort standen.

Anwärtereinstellungen im gehobenen Polizeivollzugsdienst

Jahr	männlich	weiblich	Gesamtzahl
2009	399	152	551
2010	387	164	551
2011	392	156	548
2012	285	130	415
2013	342	123	465
2014	390	140	530

Sanierung des Kunstrasenplatzes in Bensheim

Sportminister Peter Beuth übergibt den 1.300. Bescheid aus dem Sonderinvestitionsprogramm „Sportland Hessen“

Mit dem hessischen Sonderinvestitionsprogramm „Sportland Hessen“ unterstützt das Hessische Ministerium des Innern und für Sport die Sportvereine und Kommunen bei der Sanierung, Modernisierung sowie der Erweiterung ihrer Sportstätten. Sportminister Peter Beuth übergab im Juni im Rahmen des Hessentags in Bensheim den 1300. Zuwendungsbescheid aus dem Programm, das seit dem Jahr 2008 existiert. Die 50.000 Euro wurden dem Magistrat der Stadt Bensheim für die Sanierung des Kunstrasenplatzes im Sportpark West zur Verfügung gestellt.

„Ich freue mich, den 1300.sten Bescheid aus dem Sonderinvestitionsprogramm ‚Sportland Hessen‘ zur Sportstättensanierung, -modernisierung und -erweiterung übergeben zu können. Dieses Förderprogramm kommt bei den Kommunen und Vereinen sehr gut an, das zeigt die große Nach-

frage, die nun im 1300.sten Bescheid mündete. Damit konnten bereits viele Sportstätten in

Sport ist ein besonderer Förderschwerpunkt der Hessischen Landesregierung. Sie unterstützt den Sport in Hessen mit einer Vielzahl an Programmen zur Weiterführung der Vereinsarbeit, mit Zuwendungen zum vereinseigenen Sportstättenbau, der Förderung des Leistungssports und dem Sonderinvestitionsprogramm „Sportland Hessen“. Aus dem Programm „Sportland Hessen“ konnten zwischen 2008 und 2013 hessenweit Bescheide mit einer Gesamtsumme von mehr als 50 Millionen Euro übergeben werden.

Hessen saniert und zahlreiche Sporthallen, Vereinsheime und Sportplätze für die Bevölkerung erhalten werden“, so Sportminister Peter Beuth.

Friedliche und gewaltfreie Demonstrationen

Dialog zwischen Demonstranten und Polizei ist ein wichtiger Baustein

„Das Grundrecht, friedlich und ohne Waffen zu demonstrieren, ist ein hohes Gut des demokratischen Rechtsstaates, welches es zu schützen gilt. Gleichzeitig ist völlig unstrittig, dass dieses Recht nur gewaltfrei ausgeübt werden kann. Ein Dialog zwischen Demonstranten und Polizei ist hierfür ein wichtiger Baustein“, sagte Innenminister Peter Beuth im Juni im Hessischen Landtag.

Vor dem Hintergrund der Bedeutung des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit hat die hessische Regierungskoalition dieses Thema zu einem Schwerpunkt ihres Handelns erklärt. Sie unterstützt eine friedliche Demonstrationskultur durch Dialogangebote und Deeskalationsmaßnahmen im Rahmen der Gesetze. Der Innenminister machte deutlich, dass er Verständnis dafür habe, dass Teile der Bevölkerung ihre Meinung zur Globalisierung sowie der Finanz- und Staatsschuldenfragen durch Demonstrationen und Proteste öffentlich bekunden wollen.

„Ich sage aber als Innenminister eines ebenso deutlich: Gewalt im Zusammenhang mit den Blockupy-Protesten darf es nicht geben“. Dass dieses Anliegen im Interesse aller Beteiligten sei, hätten die Blockupy-Aktionstage im Mai gezeigt, die überwiegend friedlich verlaufen seien. Dies sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Polizeiführung in Frankfurt am Main frühzeitig Dialogangebote unterbreitet habe. Beispielsweise nahm sie öffentlich an Podiumsdiskussionen teil und thematisierte intern erneut die Wichtigkeit der Kommunikation in Einsatzlagen. Ein öffentliches Deeskalationstraining im März 2014 habe dabei polizeiseitige Bereitschaft der offenen Kommunikation nochmals unterstrichen.

„Der Hessischen Landesregierung ist es ein wesentliches Anliegen, das hohe Gut der Versammlungsfreiheit zu wahren. Ebenso wichtig ist uns der Schutz der für unser Land im Einsatz tätigen Polizeibeamtinnen und -beamten. Ich bin überzeugt, gemeinsam können wir für eine friedliche Protestkultur werben“, appellierte Beuth.

Regierungserklärung

„Starkes Hessen, starke Kommunen - gemeinsam für die Zukunft“

Die Hessische Landesregierung will den Herausforderungen der Zukunft gemeinsam mit den Kommunen gemäß des Dreiklangs „Fordern, Fördern und Erleichtern“ begegnen. Das betonte Innen- und Kommunalminister Peter Beuth in seiner Regierungserklärung im Juni. Als Grundlage für das verlässliche und kooperative Miteinander zwischen dem Land und den Kommunen in Hessen wolle er den bereits bestehenden guten Dialog noch weiter intensivieren, so Beuth: „Gemeinsam müssen wir uns bewusst machen, dass nur ein ressourcensparendes Handeln und Wirtschaften im Interesse heutiger und künftiger Generationen ist“, sagte der Hessische Innenminister.

Paradigmenwechsel im Umgang mit den Kommunal финанzen

Damit die Kommunen aber auch weiterhin stark sein können, so Beuth, brauche es einen Paradigmenwechsel im Umgang mit den Kommunal финанzen. „Kommunalpolitik nach dem hessischen Modell bedeutet aber auch: Das Land greift nur dort ein, wo es erforderlich ist. Das Handeln richtet sich demgemäß nach dem Subsidiaritätsprinzip. Wo auch immer die Kommunen nicht aus eigenen Stücken heraus tätig werden dürfen oder können, dort wird das Land den Kreisen, Städten und Gemeinden stets mit Rat und Tat zur Seite stehen. Zugleich kann es aber kein Automatismus sein, jeder gesellschaftlichen Veränderung oder Entwicklung vor Ort mit der Forderung nach mehr Geld zu begegnen“, sagte Beuth.

Die Kommunen nähmen dabei nicht nur die wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge wahr, sondern böten gemeinsam mit dem Land den Bürgerinnen und Bürgern ein vielfältiges, strapazierbares Netz sozialer und kultureller Leistungen. Der Innenminister betonte in seiner Rede zudem, dass neue Anforderungen auf alle Verwaltungsebenen zukamen. Allein für die laufende Legislaturperiode stünden enorme Herausforderungen an, die Land und Kommunen gleichermaßen betrafen. Beispielhaft nannte Beuth die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die Neuordnung des Kommunalen Finanzgleichs zum Jahr 2016, die Aufnahme weiterer

Flüchtlinge, der weitere Ausbau der Kinderbetreuung sowie den demografischen Wandel.

Entscheidend für die weitere Entwicklung sei der politische Wille vor Ort, die zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Konsolidierung auch zu nutzen. Alleinige Einnahmeerhöhungen seien



ebenso nicht das probate Mittel wie ein reiner Konsolidierungskurs. Die unterschiedlichen Handlungsmaximen könne man bereits heute in verschiedenen Kommunen erkennen. Während einige finanzschwächere Kommunen - wie beispielsweise im Landkreis Fulda, wo es keine Schuttschirmkommunen gibt - mit dem vorhandenen Geld ausgekommen seien, landeten selbst Städte mit hohen Gewerbesteuererinnahmen zuletzt unter dem Schuttschirm.

juli

Förderung und Ausweitung der hessischen Programme gegen Rechtsextremismus

Die Landesregierung fördert das hessische Präventionsprogramm gegen Rechtsextremismus „Rote Linie - Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“. Im Rahmen der Übergabe des Zuwendungsbescheids kündigte Innenminister Peter Beuth zudem das neue Beratungsangebot „Proaktive Beratung von Kommunen bei der Neuaufnahme von Flüchtlingen“ im Rahmen des „beratungsnetzwerk hessen - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ an.

Das Beratungsmodul soll helfen, Konflikte im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen zu vermeiden und rechtsextremen Aktivitäten entgegenwirken.

„Hessen hat sich mit seinem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus frühzeitig der neuen Herausforderung gestellt und Beraterinnen und Berater qualifiziert.

Durch eine möglichst frühzeitige, differenzierte Vorausplanung sollen Szenarien durchdacht, fallabhängige Lösungsansätze entwickelt und gegebenenfalls möglichst schnell geeignete Gegenmaßnahmen eingeleitet werden“, so Innenminister Peter Beuth.

Land leitet Finanzhilfefaktion für die Flutopfer im Wetteraukreis ein

Für Bürgerinnen und Bürger, die von den schweren Überflutungen im Wetteraukreis im Juli betroffen waren, leitete das Land Hessen eine Finanzhilfefaktion ein.

Heftige Gewitter und Starkregen hatten im Juli die Städte Nidda, Gedern und Ortenberg sowie die Gemeinden Hirzenhain und Ranstadt heimgesucht.

Eine vom Wetteraukreis eingerichtete Schadenskommission prüfte die entstandene Schäden und unterbreitete Vorschläge für eine konkrete Finanzhilfe. Die Betroffenen wurden anschließend über die Einleitung der Finanzhilfefaktion in einer öffentlichen Bekanntmachung informiert. „Ziel war es, den betroffenen Menschen so schnell wie möglich zu helfen, damit die Schäden zügig beseitigt werden konnten“, sagte Innenminister Peter Beuth.

Expertenkommission

Konstituierende Sitzung der in Hessen eingesetzten Expertenkommission

„Mit der Konstituierung der unabhängigen und überparteilichen Expertenkommission setzen wir eine der zentralen Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag zum Themenfeld Innere Sicherheit um“, so der Hessische Innenminister Peter Beuth bei der Begrüßung der Mitglieder der Expertenkommission im Rahmen der konstituierenden Sitzung.

Die Kommission unter der Leitung von Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Joachim Jentsch, ehemaliger Richter des Bundesverfassungsgerichts, widmet sich intensiv den Fragestellungen, welche Konsequenzen aus allen Handlungsempfehlungen des Bundestags-Untersuchungsausschusses die Hessische Landesregierung insbesondere für die Polizei, für das Landesamt für Verfassungsschutz und für die Justiz in Hessen ziehen sollte.

Als zweites Mitglied in der Expertenkommission wurde von der Hessischen SPD die ehemalige Bundesjustizministerin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin benannt. Von Bündnis 90/Die Grünen



konnte der ehemalige Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wieland gewonnen werden. Viertes Mitglied ist der ehemalige Staatssekretär des Hessischen Justizministeriums und Mitglied der Hessischen FDP, Dr. Rudolf Kriszeleit.

Sommerkampagne 2014 der hessischen Polizei

„Sicheres Hessen - Einbrechern einen Riegel vorschieben“



Im Rahmen der Kampagne „Sicheres Hessen - Einbrechern einen Riegel vorschieben!“ hat die hessische Polizei auch im Jahr 2014 in der Ferienzeit ihre Kontroll- und Präventionsmaßnahmen weiter intensiviert.

Innenminister Peter Beuth besuchte die Auftaktveranstaltung der Sommerkampagne 2014. Im Mittelpunkt der Kampagne stand die Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahl.

„Ein Einbruch in die geschützte Intimsphäre ist für die Opfer oft traumatisierend und nur schwer zu verarbeiten. Gerade die bevorstehende Urlaubszeit bietet den Tätern erfahrungsgemäß besonders günstige Bedingungen. Wohnungseinbruch geht uns alle an. Gerade auch in diesem Themenfeld haben Polizei und Bevölkerung die Chance den Einbrechern gemeinsam einen Riegel vorzuschieben“, sagte Beuth.

Start des Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus

Präventions- und Interventionsmaßnahmen sind zentrale Aufgaben

Hessens Innenminister Peter Beuth stellte im Juli das Hessische Präventionsnetzwerk gegen Salafismus vor. Es handelt sich dabei um das erste landesweite Netzwerk dieser Art in Deutschland. „Wir nehmen die Gefährdung durch den islamistischen Extremismus und Terrorismus sehr ernst“, so Beuth in der Pressekonferenz.

Beuth warnte vor den Folgen des deutlichen Anstiegs der Anhängerzahlen der salafistischen Szene. Der Innenminister zeigte sich überzeugt, dass sich das Problem trotz aller Anstrengungen nicht alleine durch das Handeln der Sicherheitsbehörden lösen lasse. Aus diesem Grund wird Hessen auch im Präventionsbereich neue Wege gehen und ein bundesweit einmaliges Präventionsnetzwerk gegen Salafismus aufzubauen.“

Im Mittelpunkt des Präventionsnetzwerks stehen eine zentrale Beratungsstelle und ein Fachbeirat. Der zentralen Beratungsstelle wird der Verein Violence Prevention Network (VPN) angegliedert. Sie ist ab sofort für ganz Hessen zuständig. Zu den Aufgaben gehören zahlreiche Präventions- und Interventionsmaßnahmen:

Präventionsmaßnahmen:

1. **Allgemeine Prävention:** Angeboten werden interreligiöse bzw. interkulturelle Workshops z.B. an Schulen sowie Maßnahmen zur Stärkung von Toleranz und Demokratiefähigkeit.
2. **Spezifische Prävention:** Die Beratungsstelle bietet präventive Maßnahmen mit direktem Bezug zum Thema Salafismus an:
 - a. In Informationsveranstaltungen mit Multiplikatoren (z. B. Lehrer, JVA-Bedienstete, Moscheegemeinden) werden wesentliche Kenntnisse vermittelt und eine Sensibilisierung für die Thematik zur Früherkennung von Radikalisierungstendenzen ermöglicht.
 - b. Durch Fortbildungsveranstaltungen soll eine Stärkung der Handlungskompetenz erreicht werden.
 - c. Unter spezifischer Prävention sind zudem Trainings für gefährdete Jugendliche zu fassen, die dazu dienen sollen salafistischen und islamistischen Gefahren vorzubeugen.





Interventionsmaßnahmen:

1. **Beratung von Angehörigen:** Ziel ist es, das Umfeld der radikalisierten Person zu unterstützen und zu beraten. Dieses Modul wird in Hessen bereits seit etwa einem Jahr durch die Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und den VPN erfolgreich umgesetzt.
2. **Beratung und Deradikalisierung von Radikalisierten in einem frühen Stadium:** Wird die Hinwendung zu extremistischem Gedankengut frühzeitig erkannt, treten die Experten von VPN aktiv in einen direkten Dialog mit dem Radikalisierten, um eine Distanzierung von extremistischem Gedankengut anzustoßen und zu verstetigen.
3. **Schaffung eines Ausstiegsprogramms für Radikalisierte:** Das Ausstiegsangebot richtet sich primär an Radikalisierte, die der salafistischen Szene den Rücken kehren wollen. Sie werden in diesem Prozess intensiv begleitet und unterstützt. Aber auch inhaftierte Salafisten in Justizvollzugsanstalten werden angesprochen, um sie zum Umdenken und zum Ausstieg zu motivieren.

„Das Violence Prevention Network ist ein bestens geeigneter Projektpartner im Präventionsnetzwerk, weil der Verein über jahrelange Erfahrungen im Umgang mit radikalisierten jungen Menschen verfügt und es versteht, Mitglieder dieser Szenen anzusprechen, mit ihnen in den Dialog zu treten, sie zu Veränderungen zu motivieren und Distanzierungsprozesse auszulösen“, so Innenminister Peter Beuth.

Die Hessische Landesregierung sieht im Aufbau des Präventionsnetzwerks gegen Salafismus ein deutliches Signal, dass Staat und Gesellschaft extremistische Umtriebe nicht tolerieren, sondern gemeinsam gegen Extremismus vorgehen.

„Wir überlassen das Feld nicht den Angehörigen der salafistischen Szene, die Jugendliche mit ihren extremistischen Ansichten verführen und damit auch dem öffentlichen Bild des Islam in Deutschland Schaden zufügen“, so Beuth.

August

Mehr als 20 Millionen Euro pro Jahr

Sportfördermittel in den vergangenen zehn Jahren vervielfacht

Hessen ist und bleibt ein Sportland mit einer guten Sportförderung durch Land und Kommunen. Das machte der Hessische Sportminister Peter Beuth im August deutlich. Das Land Hessen investiert inzwischen pro Jahr mehr als 20 Millionen Euro in die Sportförderung. In den vergangenen zehn Jahren hat das Land seine Fördermit-

tel von rund 7,5 Millionen Euro um mehr als 13 Millionen Euro erhöht. Allein im Jahr 2012 investierte das Hessische Ministerium des Innern und für Sport rund 20,7 Millionen Euro in die Förderung des Breiten- und Leistungssports. Im Jahr 2013 stellte das Land sogar mehr als 21 Millionen Euro zur Sportförderung bereit.





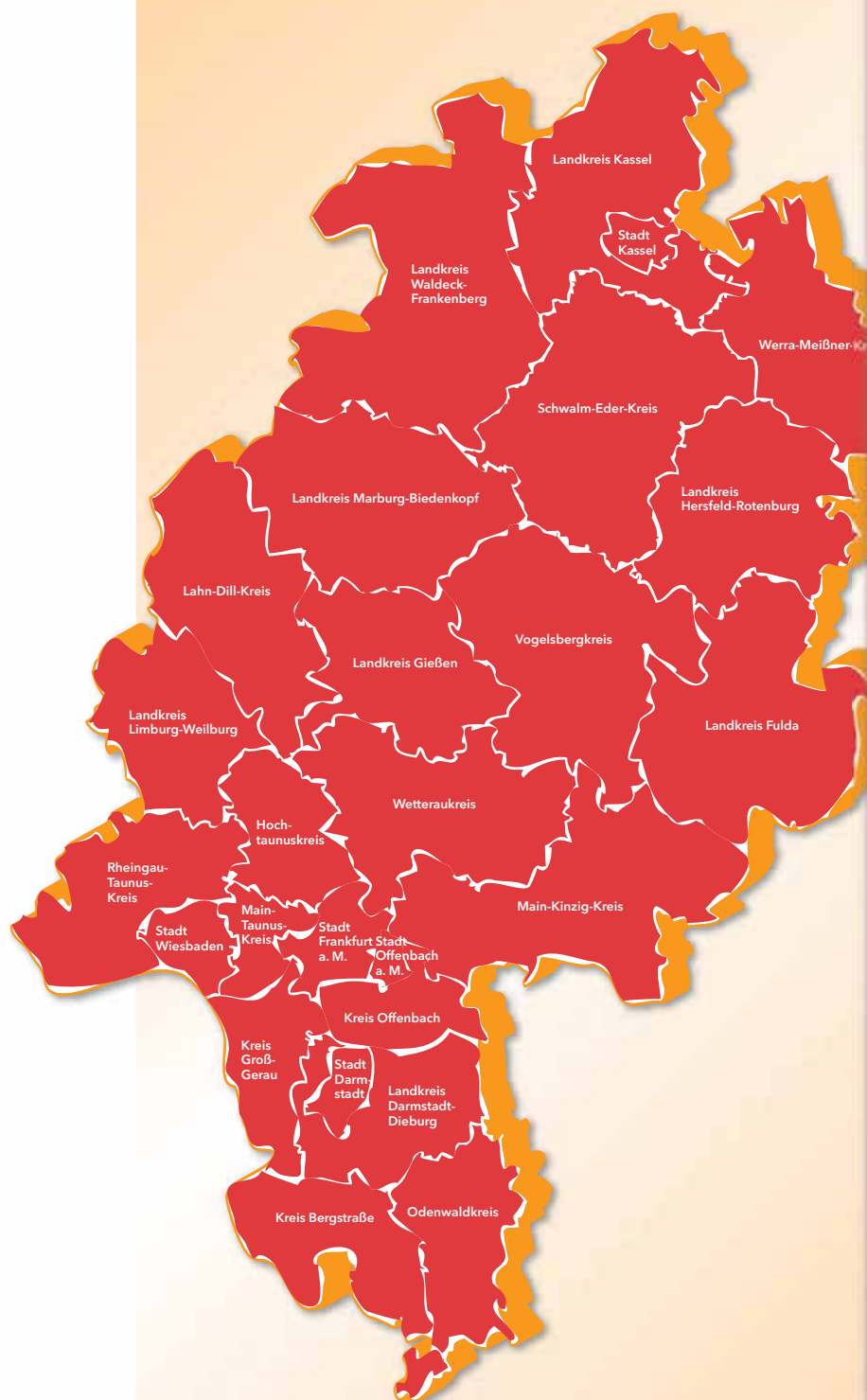
„Ziel der Landesregierung ist es, die Rahmenbedingungen sowohl für die Spitzen- als auch für die Breitensportler weiter zu verbessern“, sagte Beuth, auch mit Blick auf die Diskussion zwischen Land und Kommunen über die Finanzausstattung der Kommunen.

Der Minister betonte, dass gerade die Entwicklung des Breitensports zu den Kernaufgaben der Lan-

desregierung zähle. „Ohne Breite gibt es keine Spitze. Und ohne Spitze fehlen der Breite die Vorbilder, die sie motivieren und an denen sie sich orientieren können. Der eine Bereich könnte ohne den anderen nicht dauerhaft bestehen“, sagte Beuth. Der Schwerpunkt liege aber deutlich auf dem Breitensport - insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Integration, den sozialen Aufgaben des Sports und dem Jugendsport.



Verteilung der Fördermittel aus dem Sportbereich im Jahr 2013



Kreis Bergstraße	511.900 €
Landkreis Darmstadt-Dieburg	495.900 €
Stadt Darmstadt	330.000 €
Kreis Groß-Gerau	158.000 €
Hochtaunuskreis	403.400 €
Main-Kinzig-Kreis	289.200 €
Main-Taunus-Kreis	192.500 €
Stadt Frankfurt am Main	647.450 €
Odenwaldkreis	52.250 €
Kreis Offenbach	508.500 €
Stadt Offenbach am Main	55.500 €
Rheingau-Taunus-Kreis	170.000 €
Stadt Wiesbaden	235.900 €
Wetteraukreis	308.500 €
Landkreis Gießen	302.500 €
Lahn-Dill-Kreis	319.300 €
Landkreis Limburg-Weilburg	1.002.750 €
Landkreis Marburg-Biedenkopf	454.300 €
Vogelsbergkreis	115.500 €
Landkreis Fulda	211.000 €
Landkreis Hersfeld-Rotenburg	156.050 €
Landkreis Kassel	163.500 €
Stadt Kassel	147.800 €
Schwalm-Eder-Kreis	114.900 €
Landkreis Waldeck-Frankenberg	136.000 €
Werra-Meißner-Kreis	22.000 €

Die Palette der Investitionen beinhaltet neben den regulären finanziellen Unterstützungen über Landeszuwendungen auch einige Sonderprogramme. Im Jahr 2013 stellte Hessen allein für die Sonder-Investitionsprogramme „Herausragende Sportanlagen“ (10 Millionen) und „Sportland Hessen“ zur Sportstättenanierung / Modernisierung / Erweiterung (5 Millionen) bereit. Für das Programm „Vereinseigener Sportstättenbau“ bewilligte das Land im Jahr 2013 1,9 Millionen Euro. Hinzu kommen die Förderung des Landessportbundes Hessen, des Olympiastützpunkts und der Sportfördergruppe der Hessischen Polizei, die gerade mit mehreren Athletinnen und Athleten bei der Schwimm-Europameisterschaft in Berlin oder bei den europäischen Titelkämpfen der Leichtathleten in Zürich am Start ist.

Für die Spitzenathletinnen und -athleten liege das Hauptaugenmerk darauf, die Rahmenbedingungen für deren weitere Entwicklung weiter zu verbessern. „Das gilt besonders im sportlichen wie auch im Bereich von Schule und Ausbildung“, so Sportminister Peter Beuth.

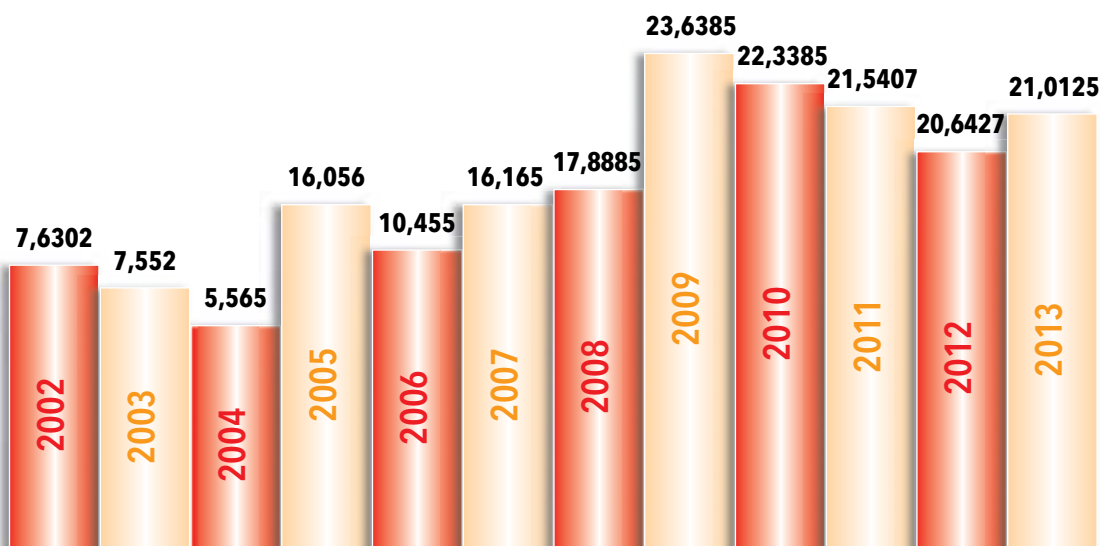
Hessen hat im Jahre 2001 begonnen, den Leistungssport auch mit einer eigenen Stiftung zu fördern. Träger der Stiftung Sporthilfe Hessen sind der Landessportbund Hessen und die Hessische Landesregierung. Mittlerweile hat sich die Stiftung zu einem zentralen Baustein des Fördersystems im Leistungssport herausgebildet. In zwölf Jahren hat die Stiftung rund 3,6 Millionen Euro an Fördermitteln ausgeschüttet.



Neben der Herausforderung, Talente zu entdecken und zu fördern, sei es essentiell - gerade auch aus der Sicht der Athletinnen und Athleten - die Vereinbarkeit von Schule und Sport oder Ausbildung und Sport weiter zu optimieren. Der Ausbau von Leistungssportzentren beziehungsweise von Internaten sei dabei ebenso der richtige Schritt, wie eine Harmonisierung der beruflichen Ausbildung, damit die Absicherung im Anschluss an die Sportkarriere funktioniere, machte der Sportminister deutlich.

Sportfördermittel

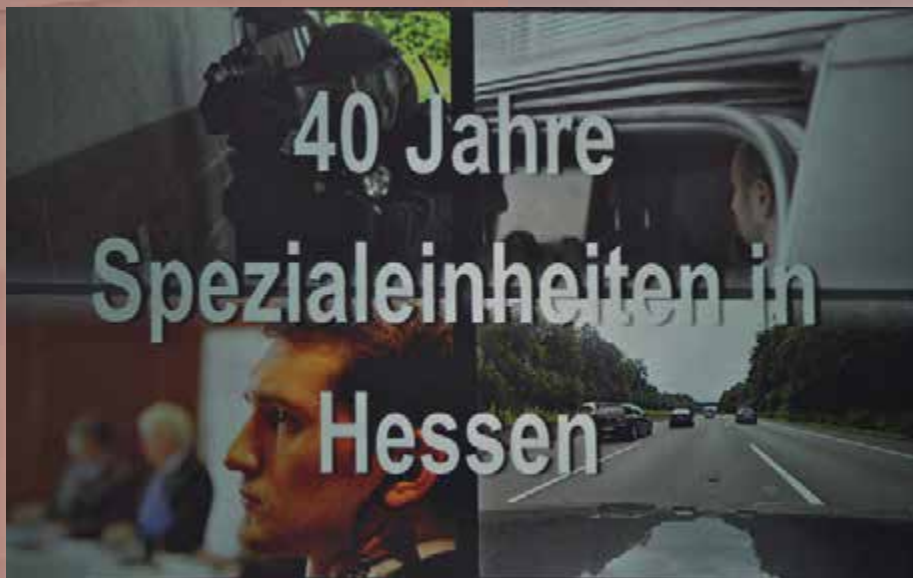
in Mio. Euro





herbst





september

Inspektions- und Betreuungsreise

Besuch bei hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten im Kosovo und in Afghanistan

Um den Frieden zu sichern, setzen sich hessische Polizeibeamtinnen und -beamte nicht nur in Hessen, sondern auch im Ausland ein. Sie alle tragen mit ihrer engagierten Arbeit einen wichtigen Teil zur Sicherheit in ihrem jeweiligen Einsatz-

gebiet bei. Davon machte sich der Hessische Innenminister Peter Beuth im Rahmen seiner Inspektions- und Betreuungsreisen im vergangenen Herbst durch den Kosovo und in Afghanistan selbst ein Bild.



„Meine Hochachtung für die Repräsentantinnen und Repräsentanten unseres Landes ist nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen dieser Auslandsreisen groß. In Hessen denken wir an die Beamtinnen und Beamten und unterstützen sie. Vor allem aber sollten wir wertschätzen, was die Kolleginnen und Kollegen vor Ort leisten“, sagte Beuth.

Im Kosovo besuchte der Staatsminister die hessischen Beamten an ihren jeweiligen Arbeitsorten in Pristina und in Mitrovica und informierte sich über Tätigkeitsfelder, Entwicklungen und die aktuelle Sicherheitslage vor Ort. Auf dem Programm der Auslandsreise standen neben dem Treffen mit den hessischen Polizeibeamten Besichtigungen verschiedener EULEX-Einrichtungen im Kosovo. Die EULEX-Mission ist dort unterstützend mit dem Aufbau von Polizei, Justiz und Verwaltung betraut.

In Afghanistan verschaffte sich Beuth bei den drei eingesetzten hessischen Polizeibeamten in Kabul und Mazar-e-Sharif Eindrücke von den Lebens-, Arbeits- und Sicherheitsbedingungen vor Ort. Weitere Programmpunkte waren ein Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Afghanistan sowie die Besichtigung des von Deutschland errichteten Trainingscenters zur Ausbildung von Unteroffizieren. Ein Gespräch über die Entwicklung der Sicherheitslage in Afghanistan und das deutsche Engagement über das Jahr 2014 hinaus mit dem Leiter des deutschen ISAF-Kontingents, Brigadegeneral Gante, rundete den Besuch ab.



50 Jahre Hessische Jugendfeuerwehr

Förderung der Imagekampagne und Gründung der Hessischen Feuerwehr-Stiftung

Die Hessische Jugendfeuerwehr würdigte ihr 50. Jubiläum mit einem Festakt im Marburger Schloss. Im Rahmen der Feierlichkeiten überreichte der Hessische Innenminister Peter Beuth auch die Stiftungsurkunde für die Hessische

Brandschutzes. Als Feuerwehrynachwuchs gehört ihnen die Zukunft. Genau deswegen finanzieren wir eine Imagekampagne zur Nachwuchswerbung bei den Jugendfeuerwehren mit 360.000 Euro“, so der Minister.



Feuerwehr-Stiftung. „Zum 50. Jubiläum der Hessischen Jugendfeuerwehr gratuliere ich herzlich im Namen der Hessischen Landesregierung. Wir sind stolz auf die Leistung und Arbeit aller 2.150 Jugendfeuerwehren. Das, was sie leisten, ist sehr wertvoll für unsere Gesellschaft“, betonte Beuth.

In der Hessischen Jugendfeuerwehr - im Landesfeuerwehrverband Hessen e.V. - sind die Jugendfeuerwehren aus ganz Hessen landesweit zusammengeschlossen. Sie vertritt über 27.000 organisierte Jugendliche und hat seit ihrer Verbandsgründung im Jahr 1964 ihren Sitz im Marburger Stadtteil Cappel.

„Die Hessischen Jugendfeuerwehren bereichern unsere Feuerwehren mit kreativen Ideen, sind Impulsgeber für die Weiterentwicklung des

Zu den Feierlichkeiten übergab der Minister die Stiftungsurkunde zur Gründung der Hessischen Feuerwehr-Stiftung sowie eine Zustiftung des Landes Hessen in Höhe von 100.000 Euro an den Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes Hessen an Dr. Ralf Ackermann und Landesjugendfeuerwehrwart Stefan Cornel.

„Wir schauen zurück auf 50 Jahre Hessische Jugendfeuerwehr. Wir schauen aber auch in die Zukunft, die wir heute mit der Gründung der Hessischen Feuerwehr-Stiftung beginnen. Diese wird sich gemeinsam mit Landesfeuerwehrverband und Land Hessen auch um die Nachwuchsarbeit und die Gewinnung von Jugendlichen für die Feuerwehren engagieren. Ich hoffe sehr, dass das Stiftungskapital schnell wächst und so viel mit dem Ertrag bewegt werden kann“, sagte Beuth.

40-jähriges Bestehen

Festakt der hessischen Spezialeinheiten

Die Spezialeinheiten der hessischen Polizei begingen ihr 40-jähriges Bestehen mit einem Festakt im Biebricher Schloss. In seiner Rede blickte Innenminister Peter Beuth auf die Gründung der Spezialeinheiten zurück, die aus den tragischen Ereignissen im Rahmen der Olympischen Spiele 1972 in München resultierten. „Diese Ereignisse vor nunmehr über 40 Jahren führten der Polizei, den politisch Verantwortlichen, aber auch der Öffentlichkeit drastisch vor Augen, dass die Polizei für derart außergewöhnliche Gewalttaten keine adäquaten Handlungskonzepte zur Verfügung hatte“, so Beuth.

In der Folge dieser Ereignisse wurden in Hessen ab 1972 in Frankfurt, Darmstadt und Kassel zunächst sogenannte „Sondergruppen“ einge-



richtet. Parallel verabschiedete die ständige Konferenz der Innenminister der Länder das „Programm für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland“ mit dem Schwerpunkt der Terrorismusbekämpfung. Am 5. Juni 1974 wurde durch den damaligen Hessischen Innenminister Hanns-Heinz Bielefeld die Bildung von Spezialeinheiten für Hessen angeordnet.

Heute verfügt Hessen an den Standorten Frankfurt, Kassel und Wiesbaden über zwei Spezialeinsatzkommandos (SEK), vier Mobile Einsatzkommandos (MEK), zwei Personenschutzkommandos (MEK/PS), eine Beratergruppe, zwei Verhandlungsgruppen, den Zentralen Polizeipsychologi-

schen Dienst (ZPD) sowie eine zentrale Koordinierungsstelle im Hessischen Landeskriminalamt.

Das Hauptaugenmerk der Spezialeinheiten liegt auf der Bekämpfung des Terrorismus und der schweren Gewaltkriminalität; insbesondere bei Geiselnahmen, Entführungen, herausragenden Erpressungen sowie Bedrohungs- und Amokzenarien. In den vergangenen 20 Jahren wurden die Spezialeinheiten zu weit mehr als 7.000 Einsätzen angefordert. „Hessen braucht seine Spezialeinheiten und Spezialkräfte für die Bewältigung dieser herausragenden Einsatzlagen. Sie sind ein tragender Baustein in unserer Sicherheitsarchitektur“, sagte Beuth.

Kampf gegen virtuelle Wirtschaftsspionage

Unterstützung für Unternehmen

Der Innenminister Peter Beuth warnte im September 2014 im Rahmen der von der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden und des Landesamts für Verfassungsschutz initiierten Veranstaltung zum Thema Wirtschaftsspionage eindringlich vor den Gefahren des Internets und warb gleichzeitig für mehr Sorgfalt im Umgang mit sensiblen Daten.

„Wirklich neu am ‚digitalen‘ Wirtschaftsschutz sind das globale Ausmaß und die Intensität der Bedrohung wertvoller Informationen durch Angriffe und Spähaktivitäten. Diese Probleme nehme ich sehr ernst. Deshalb unterstützen wir

Unternehmen mit Beratungsangeboten des Landesamts für den Verfassungsschutz und des Hessischen Landeskriminalamts“, sagte Beuth.

Zugleich müsse aber auch klar sein, dass Awareness nur ein Baustein der Cybersicherheit sei, so Beuth. „Hier setze ich mit meiner Agenda ‚Cybersicherheit@Hessen‘ an. Zu den wesentlichen Punkten zählen dabei neben der fortwährenden Forschung im Sicherheitsbereich die Förderung der Sicherheit in der eigenen Verwaltung, für die hessischen Kommunen sowie für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger“, sagte Beuth.



Sicherheitsstrategie „300 in 3 Jahren“

Verstärkung für die Basisdienststellen der hessischen Polizei



Hessens Innenminister Peter Beuth begrüßte Ende September im Polizeipräsidium Frankfurt 49 Polizeibeamtinnen und -beamte, welche die Basisdienststellen im Rahmen der Sicherheitsstrategie Hessen „300 in 3 Jahren“ verstärken. Das Projekt wurde mit der Zuweisung der bislang noch fehlenden 49 Planstellen abgeschlossen.

„Es ist keine Selbstverständlichkeit, Polizeidienststellen in diesem Umfang Personal zur Verfügung zu stellen. Trotz umfangreicher Sparbemühungen der Landesregierung werden wir an der Zahl von 13.764 Polizeivollzugsstellen in Hessen festhalten – ein Zeichen der herausragenden Stellung der Inneren Sicherheit in Hessen“, sagte Beuth.

Sicherheitsstrategie „300 in 3 Jahren“

Behörde	2012	2013	2014	gesamt
FFM	24	29	11	64
MH	13	18	9	40
NH	14	18	7	39
OH	11	7	4	22
SH	12	16	3	31
SOH	16	15	10	41
WH	14	15	7	36
LKA	6	5	1	12
HPA	-	1	-	1
PTLV	-	-	1	1
HBPP	-	-	6	6
				293

oktober

„Body-Cams“ ab kommendem Jahr in ganz Hessen

Konzept stößt bundes- und europaweit auf großes Interesse

Im Oktober gab Hessens Innenminister Peter Beuth die Ausweitung des Body-Cam-Projektes bekannt. Die Schulterkameras sollen zügig in ganz Hessen eingesetzt werden. Die Erfahrungen aus den beiden einjährigen Pilotprojekten des Polizeipräsidiums Frankfurt seien so überzeugend, dass der Ablauf der Pilotprojekte in Wiesbaden und Offenbach nicht abgewartet werden

müsse, um das Konzept auf Brennpunktbereiche in ganz Hessen auszuweiten. „Die hessische Polizei ist Erfinder dieser technischen Neuerung, die die Polizeiarbeit für die Beamten landes-, bundes- und sogar europaweit messbar sicherer macht“, erklärte Beuth im Rahmen einer Pressekonferenz in Wiesbaden.



„Neben den Bundesländern Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Bayern hat sich die Bundespolizei über das hessische Modell der Body-Cam bei unseren Experten informiert. Aus unseren europäischen Nachbarländern prüfen die ungarische und die österreichische Polizei sowie die Kantonspolizei Luzern die Einführung der Technik. Dass eine Entwicklung aus den Reihen der hessischen Polizei auf so reges Interesse stößt, darauf können wir stolz sein“, machte der Minister deutlich. Gewalt gegen Polizeibeschäftigte ist bundesweit ein bedeutendes Thema. Insgesamt kam es im vergangenen Jahr allein in Hessen anlässlich von 3.016 Angriffs- und Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamtinnen und -beamte zu insgesamt 1.710 Strafanzeigen. Die Angriffe ereigneten sich größtenteils an den Wochenenden auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in der Zeit zwischen 21.00 Uhr und 04.00 Uhr. 46 Prozent der hessischen Tatverdächtigen standen bei den Angriffen unter Alkoholeinfluss.

„Ich bin sehr froh darüber, dass sich das hessische Modell Body-Cam als geeignetes präventives Einsatzmittel zum Schutz der Polizistinnen und Polizisten vor gewalttätigen Übergriffen erwiesen hat. Das Tragen der Schulterkameras schreckt bei Kontrollen in Brennpunktbereichen potenzielle Aggressoren ab und trägt zu einer Deeskalation der Kontrollsituation bei“, so der Innenminister. Allein im Frankfurter Stadtteil Altsachsenhausen kam es im abgeschlossenen einjährigen Pilotzeitraum zu einem Rückgang der Angriffe auf Einsatzkräfte von 40 auf 25 (-37,5 Prozent). Die Anzahl der verletzten Polizistinnen und Polizisten reduzierte sich von neun auf einen Fall. Dabei wurden 24 Bildsequenzen als Beweismittel in Strafverfahren eingebracht.

„Das an der polizeilichen Basis in Frankfurt entwickelte Konzept der Body-Cam hat mich überzeugt, dass Hessen damit zum Schutz der Polizistinnen und Polizisten vor gewalttätigen Übergriffen den richtigen Weg eingeschlagen hat. Ich habe das Landespolizeipräsidium daher gebeten, in Abstimmung mit dem Hessischen Datenschutzbeauftragten die Rahmenbedingungen zu entwickeln, die für eine konzeptionelle Verwendung des Einsatzmittels Body-Cam in allen Brennpunktgebieten in Hessen und anlässlich von öffentlichen Veranstaltungen wie zum Beispiel der „Dippemess“ in Frankfurt erforderlich sind.



Die bisherigen Erfahrungen legen zudem den Bedarf nahe, zur Dokumentation des Verlaufs von Kontrollmaßnahmen auch den Ton aufzuzeichnen. Beleidigungstatbestände und der Eskalationsverlauf sind so beweiskräftig belegbar. Eine Rechtsgrundlage zur Tonaufzeichnung ist in § 14 Abs. 6 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) bislang nicht enthalten. Ich habe das Landespolizeipräsidium daher gebeten, auch zu prüfen, ob diese Möglichkeit im Rahmen einer Gesetzesänderung geschaffen werden kann“, so Beuth.

Verfassungsschutzgesetz

Innenminister stellt Gesetzentwürfe vor

Hessens Innenminister Peter Beuth stellte zusammen mit den innenpolitischen Sprechern der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/Die Grünen, Alexander Bauer und Jürgen Frömmrich zwei Gesetzentwürfe zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes vor. Das Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz soll neu gefasst und die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes in einem neuen, eigenständigen Gesetz geregelt werden. Die Entwürfe sind ein erstes Ergebnis des seit rund zweieinhalb Jahren andauernden Reformprozesses im Verfassungsschutzverbund.

„Grundlage der Verfassungsschutzgesetze sind die Ergebnisse der umfassenden Reformüberlegungen in Bund und Ländern, die durch die politische Diskussion, durch die Verwaltung selbst, aber vor allem auch durch die Parlamente, insbesondere des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, erarbeitet wurden. Die von der Hessischen Landesregierung eingesetzte Expertenkommission wird sich nun damit kritisch auseinandersetzen und kann ihre Vorschläge machen“, erklärte der Minister.

Wesentliche Eckpunkte sind:

- Die gesetzliche Formulierung eines Leitbilds für den Verfassungsschutz.
- Die ausdrückliche Normierung des Präventionsauftrags des Landesamts für Verfassungsschutz.
- Das Unterstreichen der Zusammenarbeit des Landesamts für Verfassungsschutz mit anderen Behörden.
- Die klare Gliederung der Befugnisse des Landesamts für Verfassungsschutz.
- Die klare und vereinfachte Strukturierung der Vorschriften zur Speicherung und Löschung von Erkenntnissen des Verfassungsschutzes und „Die Neuausrichtung des Verfassungsschutzes ist ein fortlaufender Prozess. Der Änderung von Leit- und Richtlinien, von Vorschriften und gesetzlichen Vorgaben muss die Umsetzung bei der täglichen Arbeit folgen. Mit diesen erarbeiteten gesetzlichen Grundlagen haben wir allerdings eine denkbar gute Diskussionsbasis für einen modernen, zukunftsweisenden Verfassungsschutz, mit der sich nun die Expertenkommission befasst“, so der Innenminister.



Hessen bundesweit Vorreiter im Präventionsnetzwerk gegen Salafismus

Einweihung der Beratungsstelle des „Violence Prevention Network“ in Frankfurt

Innenminister Peter Beuth eröffnete im Oktober die Räumlichkeiten der Zentralen Beratungsstelle Hessen des Violence Prevention Network (VPN) und übergab zugleich einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 217.500 Euro zur Salafismusprävention in Hessen für das laufende Jahr.

Die Mitarbeiter von VPN bieten ein breites Spektrum aus Beratungs- und Hilfsangeboten. Diese Angebote sind grundsätzlich für alle Menschen gedacht, die Beratung oder Unterstützung benötigen. Ziel der Arbeit ist, dass sich die Betroffenen wieder dauerhaft von der extremistischen Szene distanzieren und lösen.

„Wir müssen uns intensiv dafür stark machen, dass sich junge Menschen nicht durch diese extremistische Szene verführen lassen. Der Bedarf einer kompetenten Beratung ist hierbei enorm wichtig“, sagte der Innenminister.



Hessisches Präventionsnetzwerk gegen Salafismus

Konstituierende Sitzung des Fachbeirats

Im Beisein des Innenministers Peter Beuth fand Ende Oktober die konstituierende Sitzung des Fachbeirats des „Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus“ statt.

Die Vertreterinnen und Vertreter von insgesamt 23 unterschiedlichen staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen und Organisationen verdeutlichten ihren gemeinsamen Willen, das bundesweit einmalige landesweite Präventionsnetzwerk gegen Salafismus aufzubauen.

Innenminister Beuth begrüßte die vielfältige Zusammensetzung des Fachbeirats, dem u. a. Vertreterinnen und Vertreter von Universitäten, kommunalen Spitzenverbänden, unterschiedlichen Religionsgemeinschaften, Ministerien und verschiedenen zivilgesellschaftlichen Institutionen angehören. Er stellte zudem die Wichtigkeit der Prävention bei dem ganzheitlichen Bekämpfungsansatz gegen den Salafismus heraus. „Hessen ist ein tolerantes, vielfältiges und weltoffenes Land, in dem extremistische Ideologien keinen Platz zur Entfaltung finden dürfen“, so der Innenminister.







november

Sportministerkonferenz

Stärkere Beteiligung der Länder an der NADA-Finanzierung

Der Vorsitzende der Sportministerkonferenz, Hessens Sportminister Peter Beuth, begrüßte Anfang November die Ausweitung des Länderanteils an der Finanzierung der Nationalen Anti-Doping-Agentur (NADA). Dabei verständigten sich die Ministerinnen und Minister auf ihrer Jahrestagung Anfang November in Frankfurt einstimmig darauf, dass die NADA von den Ländern

ab 2015 insgesamt bis zu 500.000 Euro pro Jahr mehr erhält. Dieses Geld soll in die Präventionsarbeit fließen.

Bei der Konferenz wurde zudem einstimmig die „Frankfurter Erklärung“ verabschiedet. Darin wird ausdrücklich die wichtige gesellschaftliche Bedeutung des Sports und seine unverzichtbaren Leistungen betont. Ziel ist es, den Sport offensiver in der Gesellschaft zu positionieren.

„Wir alle wissen um die überragende Wirkung des Sports. Er ist das beste Mittel einer aktiven Sozial- und Integrationspolitik. Sport hält gesund und dient der ganzheitlichen Erziehung von Kindern und Jugendlichen. Er schafft es mit all seinen Facetten, einerseits eine ganze Nation hinter sich zu vereinen, und er trägt andererseits ganz wesentlich zur Völkerverständigung bei. Ich persönlich setze mich dafür ein, dass dieser Stellenwert des Sports für unsere Zivilgesellschaft anerkannt wird“, so Beuth.

Die 38. Sportministerkonferenz befürwortete die Bewerbung einer deutschen Stadt um die Olympischen Spiele und Paralympischen Spiele 2024 oder 2028. „Wer die Spiele für sich gewinnen will, der muss vorher die Gesellschaft, die Menschen, für seine Idee gewinnen und sie in einem offenen und ehrlichen Dialog in den Entscheidungsprozess einbinden. Gerade bei einem Sport-Großeignis wie den Olympischen Spielen muss es





einen gesellschaftlichen Konsens geben, damit eine deutsche Bewerbung von breitem Rückhalt getragen wird“, sagte Hessens Sportminister.

Die Sportministerinnen und -minister waren sich darüber hinaus einig, dass es der gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten bedarf, um die Gewalt im Zusammenhang mit Fußballspielen in den Griff zu bekommen. In der Saison 2013/2014 stiegen sicherheitsgefährdendes und gewalttätiges Verhalten von so genannten Fußball-Fans im Bereich der Ersten und Zweiten Liga im Vergleich zum Vorjahr an.

Sportminister Peter Beuth: „Das Ausleben von Gewalt hat nichts mit dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit zu tun. Es hat auch rund um Sportveranstaltungen nichts zu suchen. Wir als Sportminister werden den engen Schulterschluss mit der DFL, dem DFB und der Innenministerkonferenz der Länder suchen, um gewaltbereiten Chaoten das Handwerk zu legen. Wir werden das Phänomen der Gewalt nur im gesamtgesellschaftlichen Ansatz lösen können. Hier gilt es, alle Kräfte zu bündeln, um auch neuesten Tendenzen, wie der Wiedererstarkung der Hooligan-Szene, Einhalt zu gebieten. Dabei leisten die Fußball-Fan-Projekte hervorragende Arbeit und wertvolle Unterstützung. Gewalttäter müssen auch im Zusammenhang mit Fußballspielen die ganze Härte des Gesetzes spüren.“

Abschließend stellten die Sportministerinnen und -minister übereinstimmend fest, dass sich der deutsche Sport 25 Jahre nach dem Mauerfall als wichtiges Bindeglied im deutschen Einheits-

prozess bewährt hat. „Der Sport hat bei der historischen Dimension, die Teilung zweier Länder durch Zusammenwachsen zu überwinden, Überrasingendes geleistet. Durch das partnerschaftliche Handeln im organisierten Sport ist es gelungen, gemeinsame demokratische Vereins- und Verbandsstrukturen aufzubauen, eine öffentliche Sportverwaltung zu etablieren und – viel wichtiger noch – den Sport gemeinsam als etwas



Schönes, Freude bringendes zu erleben. Sei es beim Gewinn von internationalen Meisterschaften durch Nationalmannschaften oder den Triumphen von Athleten. Sport eint das Land und hält eine Gesellschaft zusammen. Dass dies 25 Jahre nach dem Mauerfall im wiedervereinigten Deutschland so selbstverständlich erlebt und auch gefeiert wird, daran möchte ich gerade in den jetzigen Tagen voller Dankbarkeit erinnern“, sagte Sportminister Peter Beuth.

Salafistische Szene in Hessen wächst

Innenminister Peter Beuth präsentierte im November gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV), Roland Desch, den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2013. Beuth warnte dabei insbesondere vor den Gefahren des gewaltbereiten Salafismus und hob hervor, dass dessen Anhängerzahl rasant wachse.

„Besorgniserregend ist neben dem rasanten Wachsen der salafistischen Szene die steigende Zahl der jihadistisch motivierten Ausreisen nach Syrien und in den Irak“, so der Innenminister.

Jihadistisch motivierte Ausreisen: Nicht nur Männer zieht es in den Jihad

Man habe es bei den Ausreisewilligen nicht ausschließlich mit Männern zu tun. Nach Erkenntnissen des hessischen Verfassungsschutzes seien unter den Reisewilligen und den Ausgereisten auch eine nicht zu unterschätzende Anzahl an Frauen. Diese Frauen ließen sich durch eine zumeist romantisierte Vorstellung des „Islamischen Staates“ täuschen. Sie erhofften sich durch die Ausreise nach Syrien oder in den Irak ein gottgefälliges Leben an der Seite eines dort kämpfenden Jihadisten.

Ausreisen gilt es zu verhindern

Das Landesamt für Verfassungsschutz bemüht sich, bereits im Vorfeld Reiseabsichten von Jihadisten zu erkennen. „Damit die Sicherheitsbehörden Gefahrenabwehr noch besser betreiben können, erachte ich es für nötig, die rechtsstaatlichen Mittel dem Problem angemessen zu erweitern. Beispielsweise kann deutschen Staatsbürgern zur Verhinderung der Ausreise der Reisepass entzogen werden. Hingegen ist der Entzug des Personalausweises nach geltender



Islamisten

	2011		2012		2013	
	Hessen	Bund	Hessen	Bund	Hessen	Bund
Arabischer Ursprung	500	3.590	500	3.000	480	3.240
Türkischer Ursprung	4.100	32.270	4.100	32.150	4.120	32.100
Sonstige	1.050	2.220	1.450	7.400	1.700	6.950
	5.650	38.080	6.050	42.550	6.300	42.290

Rechtslage noch nicht möglich, obwohl dieser zur Reise in das türkisch-syrische Grenzgebiet ausreichend ist. Ich begrüße daher, dass die Bundesregierung sich unserer Auffassung angeschlossen hat und an einer tragfähigen Lösung arbeitet, die z. B. durch das Ausstellen eines Ersatzdokuments die Ausreise bzw. die unbemerkte Wiedereinreise unterbinden kann“, sagte Beuth.

Salafisten werben mit Koranverteilungen und Benefiz-Aktionen für Nachwuchs

Der hessische Verfassungsschutz beobachtet aber nicht nur den jihadistischen Salafismus, sondern auch den politischen. Dieser bereite den Nährboden für die weitere Radikalisierung. Als Beispiel hierfür nannte der Minister die Koranverteilaktion "LIES!". Vornehmliche Zielgruppe seien Jugendliche, die unter anderem verstärkt durch jugendaffine Kommunikationsmittel wie mit QR-Codes und einer „LIES!“-App für Smartphones angesprochen werden sollen.

Hessen ist Vorreiter in der Salafismus-Prävention

Das Hessische Präventionsnetzwerk gegen Salafismus bündelt die Präventionsbemühungen. So werden erstmals in Deutschland staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam präventiv gegen den Salafismus aktiv.



„Das Landesamt für Verfassungsschutz ist ein wichtiger Baustein in diesem Netzwerk. Zusammen mit den Hilfestellungen der Beratungsstelle Hessen und der Polizei besteht damit ein einmaliges Präventionsangebot im Kampf gegen den Salafismus. Hessen nimmt damit eine Vorreiterrolle ein“, sagte Innenminister Beuth.

Auf Rechtsextremismus liegt besonderes Augenmerk

Der Innenminister hob weiter hervor, dass der Beobachtung des Rechtsextremismus durch den

Rechtsextremisten

	2011		2012		2013	
	Hessen	Bund	Hessen	Bund	Hessen	Bund
NPD	280	6.300	280	6.000	250	5.500
Subkulturelle/ Skinheads	400	7.600	370	7.500	370	7.400
Neonazis	250	6.000	250	6.000	250	5.800
Sonstige	400	3.500	400	3.500	430	4.000
Rechtsextremisten¹	1.300	22.400	1.300	22.150	1.300	21.700
Davon gewaltbereit	400	9.800	400	9.600	400	9.600

¹ In der Gesamtsumme sind Mehrfachmitgliedschaften abgezogen.



hessischen Verfassungsschutz seit jeher ein besonderer Stellenwert zukomme. Zwar nahm die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten zu, insgesamt aber liegen die rechtsextremistischen Gewalttaten im bundesweiten Vergleich auch im Jahr 2013 auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. „Für uns ist dies Ansporn, dem Rechtsextremismus in Hessen auch weiterhin entschlossen entgegenzutreten. Das Landesamt für Verfassungsschutz liefert hierfür wertvolle Erkenntnisse, die oft bereits präventiv ihren Nutzen entfalten und so der Verhinderung von Gewalttaten dienen“, so Minister Beuth.

Linksextremistische Autonome versuchen Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen

Im Linksextremismus ging die größte Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung unverändert von autonomen Gruppierungen aus, erklärte der Minister. „Selbstverwaltete Freiräume“, „Antigentrifizierung“, „Antifaschismus“ und „Antikapitalismus“ bildeten die wesentlichen Themen- und Aktionsfelder der Autonomen in Hessen.

Ausländerextremismus: Personenzahl leicht rückläufig - Gefahrenpotential konstant

Im Phänomenbereich des Allgemeinen Ausländerextremismus standen Aktivitäten der seit November 2013 mit einem Betätigungsverbot belegten Terrororganisation Arbeiterpartei Kurdistans, kurz

Gewaltbereite Linksextremisten

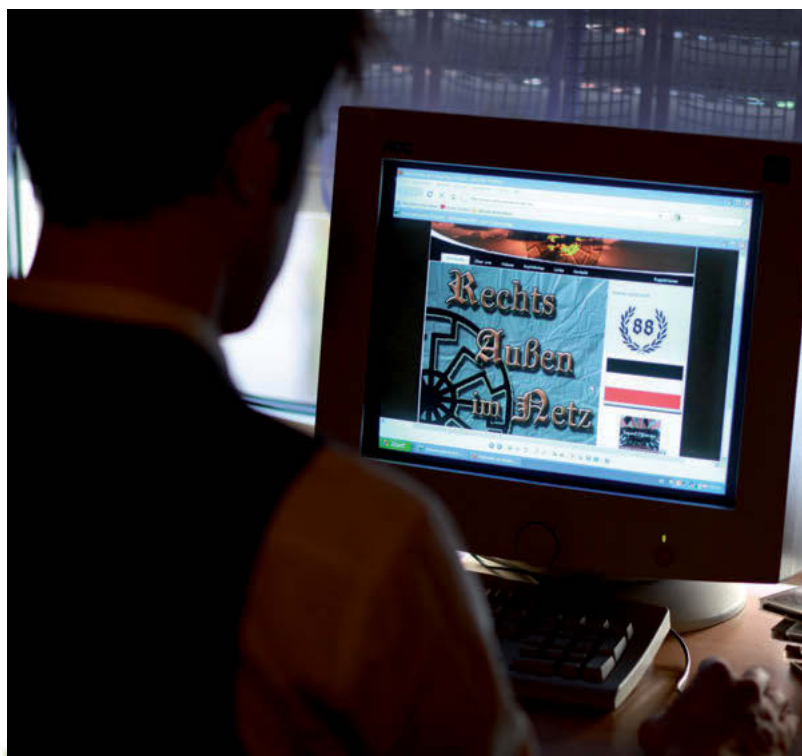
	2011		2012		2013	
	Hessen	Bund	Hessen	Bund	Hessen	Bund
Autonome	340	6.100	340	6.400	340	6.400
Anarchisten	80	700	80	700	70	800
Sonstige Linksextremisten (Marxisten-Leninisten, Trotzkisten u. a.)	4.950	25.000	4.700	22.600	4.500	21.600
	5.100	31.800	4.975	29.400	4.600	27.700

¹ In der Gesamtsumme sind Mehrfachmitgliedschaften abgezogen.

PKK, im Mittelpunkt. „Das Personenpotenzial im Allgemeinen Ausländerextremismus war zwar leicht rückläufig. Das von ihnen ausgehende Gefahrenpotenzial verringerte sich damit jedoch nicht“, so Innenminister Beuth. Ganz aktuell kam es im Herbst 2013 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Salafisten. Aufgrund der Angriffe der Terrormiliz „Islamischer Staat“ auf kurdische Städte in Syrien und im Irak kam es bundesweit vermehrt zu kurdischen Demonstrationen. Im Rahmen dieser Aktionen kam es teilweise durch stark emotionalisierte Gruppen zu Ausschreitungen, die in Sachbeschädigungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Salafisten und Kurden endeten. In Hessen verliefen die Protestaktionen bislang friedlich.

Ausspähinteresse ausländischer Nachrichtendienste an Deutschland unverändert hoch

Das Ausspähungsinteresse ausländischer Nachrichtendienste an Deutschland blieb auch im Jahr 2013 auf hohem Niveau. Die öffentlich gewordenen Aktivitäten der National Security Agency (NSA) in den Bereichen elektronischer Datenverkehr, Telekommunikation, Internet und soziale Netzwerke haben das Bewusstsein in Bezug auf Fragen des Datenschutzes und der Datensicherheit sowie hinsichtlich der Spionageabwehr deutlich erweitert.



Ausländerextremisten

	2011		2012		2013	
	Hessen	Bund	Hessen	Bund	Hessen	Bund
Kurdischer Ursprung	1.300	13.000	1.500	13.000	1.500	13.000
Türkischer Ursprung	1.300	10.150	2.750	12.550	2.700	12.550
Sonstige	550	25.000	550	22.600	370	21.600
Ausländerextremisten	3.150	26.410	4.800	28.810	4.570	28.810

Nachwuchsarbeit bei der Feuerwehr

50 Jahre Jugendfeuerwehr in Hessen

„Die Jugendfeuerwehren in Hessen sind für die Nachwuchsarbeit bei den hessischen Feuerwehren und somit für den Erhalt der ehrenamtlichen Strukturen unverzichtbar“, betonte Innenminister Peter Beuth im November im Hessischen Landtag. In den über 2.000 Jugendfeuerwehren in Hessen sind rund 27.000 Kinder und Jugendliche aktiv. Hinzu kommen die zahlreichen Kindergruppen der hessischen Feuerwehren, die für Kinder ab dem 6. Lebensjahr den ersten Kontakt zu den Feuerwehren bilden.

Die Hessische Jugendfeuerwehr hatte 2014 nicht nur ob ihres 50-jährigen Bestehens allen Grund zum Feiern: Nie zuvor hat sie so viel finanzielle Unterstützung vom Land erhalten wie 2014. Im Jahr 2014 investierte die Landesregierung allein mehr als elf Millionen Euro in die Förderung von Neubauten und Erweiterungen von Feuerwehrhäusern, die Ausstattung von Atemschutzübungsstrecken sowie von Feuerwehrfahrzeugen. Für die Ausbildung der Feuerwehrangehörigen werden vom Land jährlich rund 13 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Conrad Dietrich Magirus Preis

Feuerwehr Marburg geehrt

Die Feuerwehr Marburg wurde mit dem ersten Platz des Conrad Dietrich Magirus Preis 2014 in der Kategorie „Brandeinsätze“ ausgezeichnet. Insgesamt waren bundesweit rund 40 Feuerwehren für diesen Preis angetreten. „Das ist eine tolle Auszeichnung und beweist einmal mehr, dass die hessischen Feuerwehren hochprofessionelle Arbeit leisten“, so Innenminister Beuth bei der Siegerehrung.

Der Preis wurde in der Kategorie „Brandeinsätze“ verliehen und würdigt damit die Leistung der rund 350 Einsatzkräfte, die am 24. Juni 2014 bei

einem Hochhausbrand circa 220 Bewohner in Sicherheit bringen konnten.

Die Jugendfeuerwehr der Freiwilligen Feuerwehr Deisel wurde gleich zweimal in der Kategorie "Soziales Engagement" und als „Feuerwehrteam des Jahres“ mit dem ersten Platz ausgezeichnet. Sie wurde bereits im April für Ihre Videoaktion "Laufen statt Saufen" zur Feuerwehr des Monats gekürt und setzte mit großem Erfolg ein Zeichen gegen die immer mehr verbreiteten Videos von Alkoholexzessen Jugendlicher.



Jahrestagung Hessischer Landkreistag

„Land steht an der Seite der Kreise und Kommunen“

Innenminister Peter Beuth hob beim Hessischen Landkreistag im November die gemeinsamen Herausforderungen hervor, denen sich das Land, Landkreise und Kommunen in naher Zukunft stellen müssen.

Zudem wies Beuth auf die Richtlinien zur Finanzplanung der kommunalen Haushalte hin. Damit sei die Erwartung verbunden, die kommunalen Haushalte grundsätzlich bis 2017 auszugleichen. „Beim Austausch mit den Kommunalen Spitzenverbänden habe ich erläutert, dass jene Kommu-

nen, welche mit ihren Aufsichtsbehörden ein mit entsprechenden Konsolidierungsmaßnahmen unterlegtes Haushaltssicherungskonzept bereits vereinbart haben, im Einzelfall ein Haushaltsausgleich nach 2017 gestattet werden kann. Dies gilt ebenso für Gemeinden, denen es trotz Anwendung der betraglichen Vorgaben nicht gelingt, bis 2017 den Haushaltsausgleich herzustellen. Solide Finanzen und ausgeglichene öffentliche Haushalte sind Voraussetzung für eine generationengerechte Politik“, so Beuth.



Sicherer Umgang mit dem Internet

Informationsoffensive der Hessischen Landesregierung

Identitätsdiebstahl in Sozialen Netzwerken, Phishing von Kontodaten oder Cyber-Mobbing im Internet und in sozialen Netzwerken – Gefahren, vor denen die Hessische Landesregierung die Bürgerinnen und Bürger schützen will. Deshalb stellten Verbraucherschutzministerin Priska Hinz und Innenminister Peter Beuth in Wiesbaden entsprechende Maßnahmen vor.

Innenminister Peter Beuth: „Zweifelsohne bringt das Internet viele Vorteile mit sich. Aber die Risiken sind nicht zu unterschätzen“. Diese kriminellen Machenschaften müssten ernst genommen

werden. „Die zentralen Punkte um sich vor virtueller Kriminalität zu schützen sind Aufklärung und Information. Nur wer gut informiert ist, weiß, wie er sich verhalten muss“, betonte Verbraucherschutzministerin Hinz.

Als eine Maßnahme stellte Ministerin Hinz ein neues Modul im Projekt „Alltagskompetenzen“ vor. Bei „Smartphones, Tablets und Soziale Netzwerke“ geht es unter anderem um Fragen, wie die Datenschutz, Urheberrecht und Haftungsregelungen in sozialen Netzwerken sowie Virenschutz.

Blockupy-Aktionstage

„Friedlicher Protest darf nicht von Gewaltbereiten missbraucht werden“

Im Anschluss an die Blockupy-Aktionstage an der Europäischen Zentralbank fand Hessens Innenminister Peter Beuth lobende Worte für den Einsatz der Polizei in Frankfurt.



„Insbesondere der Demonstrationzug ist geordnet verlaufen. Die Polizei hat sich differenzierend, kommunikativ und zurückhaltend gezeigt“, sagte Beuth.

Die friedlichen Geschehensabläufe bis zur Beendigung des Aufzuges unmittelbar vor Erreichen der EZB zeigen, dass das von der Polizei auf Kommunikation und Deeskalation ausgerichtete Gesamtkonzept richtig war.

„Die gute kommunikative Arbeit der Polizei soll mit Blick auf den 18. März 2015 erfolgreich fortgesetzt werden. Dass es unmittelbar nach Beendigung der Demonstration an der Europäischen Zentralbank zu Aktionen der Blockupy-Aktivisten gekommen ist, bei denen elf Polizeibeamten verletzt wurden, ist dagegen nicht zu akzeptieren. Der überwiegend friedliche Protest darf nicht von einigen Gewaltbereiten für deren Zwecke missbraucht werden“, so der Innenminister.

Body-Cam-Erfinder

Prämie an Oliver Heß und Michael Roesner

Hessens Innenminister Peter Beuth ehrte Michael Roesner und Polizeihauptkommissar Oliver Heß.



Der Bewertungsausschuss des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport hatte beschlossen, beide für ihre Erfindung „Body-Cam“ zu prämiieren.

„Polizeihauptkommissar Michael Roesner und Oliver Heß aus dem Polizeipräsidium Frankfurt haben gemeinschaftlich den Vorschlag „Body-Cam“ eingereicht. Mit dieser Kamera ist die Hessische Polizei Vorreiter für eine technische Neuerung, die die Polizeiarbeit für die Beamten messbar sicherer macht“, sagte der Innenminister.

Der Vorschlag sowie das persönliche Engagement der beiden Prämierten haben diese Erfolgsgeschichte in Gang gesetzt. „Mit dem Einsatz der Body-Cam werden die Arbeitsbedingungen der hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten verbessert und gleichermaßen die Unfall- bzw. Verletzungsgefahren für Ihren Kollegenkreis minimiert“, so Beuth.

Polizeisportlerehrung

110 Sportlerinnen und Sportler ausgezeichnet

Ehrung für die 110 erfolgreichsten hessischen Polizeisportlerinnen und -sportler des Jahres 2014: In „Hessens guter Stube“, dem Biebricher Schloss, würdigte Innenminister Peter Beuth die Athletinnen und Athleten für ihre erbrachten Leistungen. Als Sportlerin des Jahres zeichnete der Innenminister Anna-Laethisia Schimek aus. Die deutsche Meisterin im Speedskaten setzte sich gegen die ebenfalls nominierten Schützen Aaron Sauter und Christian Reitz sowie gegen Hammerwerferin Kathrin Klaas und Siebenkämpferin Carolin Schäfer durch.

Im Rahmen der Ehrung fand auch ein Wechsel an der Spitze des Hessischen Polizeisportausschusses statt. Nachfolger von Ulrich Marschall von Bieberstein wurde der Leitende Polizeidirektor Peter Schmidt. Sieger des von Staatssekretär Werner Koch ins Leben gerufene „Dienstsportwettkampfs“ war das Polizeipräsidium Frankfurt mit dem Projekt „Sport vor Ort“. Den Ehrenpreis nahm Abteilungsdirektor Harald Schneider entgegen. Bei den zu ehrenden Polizeisportlerinnen und -sportlern reichte die Palette von den überaus erfolgreichen Handballern (Gewinn der Allgemeinen Hochschulmeisterschaften, sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen; Bronzemedaille der Männer bei den Europäischen Polizeimeisterschaften) über den ersten Platz bei den Europäischen Polizeimeisterschaften im Fußball bis zu den hessischen Schützen mit ihrem hervorragenden Abschneiden bei den Deutschen Polizeimeisterschaften. Der Medaillenspiegel wies



am Ende acht Mal Gold, sieben Mal Silber und zwei Mal Bronze auf. Ebenfalls mit acht Goldmedaillen kehrten die hessischen Schwimmer von den Deutschen Meisterschaften im Schwimmen und Retten nach Hause. Auch in anderen Disziplinen wie zum Beispiel Speedskating, Marathon, Zweierbob, Tennis, Tanzen oder Hochsprung war die hessische Polizei auf nationaler wie auf internationaler Ebene hervorragend vertreten.

Polizeisportlerin oder Polizeisportler des Jahres

Jahr	Name	Disziplin
2005	Alwin Wagner	Leichtathletik (LA)
2006	Andrea Apel	Laufen / Radfahren
2007	Sandra Smisek	Fußball
2008	Christian Reitz	Schießen
2009	Ariane Friedrich	LA/ Hochsprung
2010	Jenny Mensing	Schwimmen
2011	Christian Reitz	Schießen
2012	Kathrin Klaas	LA/ Hammerwerfen
2013	Yvonne Ruch	Kegeln
2014	Anna-Laethisia Schimek	Speedskating

Quelle: POR Stächer, Hessischer Polizeisportausschuss vom 03.02.2015

dezember

Interkommunale Zusammenarbeit zwischen Allendorf/Eder und Bromskirchen

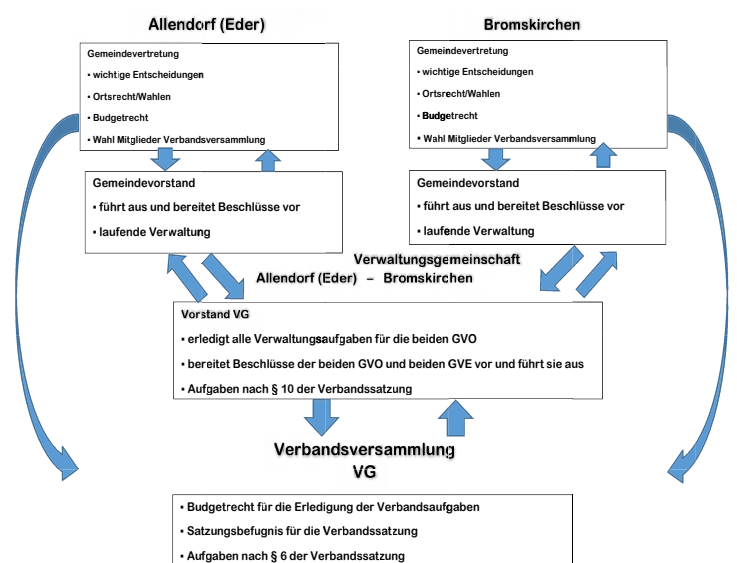
Novum: Erstmals gemeinsame Verwaltung zweier Kommunen

Hessens Innen- und Kommunalminister Peter Beuth übergab im Dezember einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 300.000 Euro an Allendorf/Eder und Bromskirchen. Damit fördert das Land die Kooperation der beiden Gemeinden im Bereich der Verwaltung.

„Diese Zusammenarbeit ist ein Novum im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit und ein Pilotprojekt des Landes“, betonte Beuth und lobte dabei die beteiligten Kommunen für ihren Mut und ihren Pioniergeist.

Die beiden hessischen Kommunen bündeln bei diesem Vorhaben erstmals die Aufgaben einer gemeinsamen Verwaltung, wobei dennoch beide Verwaltungsstandorte erhalten bleiben. Gleichzeitig soll durch eine Spezialisierung der Mitarbeiter erreicht werden, dass sie die Aufgaben ihres Sachgebietes für beide Gemeinden erledigen können.

Seit Jahrzehnten gewinnt die Interkommunale Zusammenarbeit in Hessen mehr und mehr an Bedeutung. Hierzu hat die Hessische Landesregierung bereits vor Jahren ein eigenes Programm zur Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit zwischen Städten und Gemeinden sowie Landkreisen gestartet. Dadurch wird die Zusammenarbeit mit Zuweisungen an die Kommunen wie in keinem anderen Bundesland unterstützt und gefördert. Seit der Unterzeich-



nung der geltenden Förderrichtlinie vom Dezember 2011 wurden den beteiligten Städten und Gemeinden bislang 127 Bewilligungen mit einer Gesamtsumme von rund 8,9 Millionen Euro zugesprochen.

Sportplakette

Hessische Sportlerinnen und -sportler ausgezeichnet

Aus den Händen des Hessischen Sportministers Peter Beuth erhielten zahlreiche hessische Breiten- und Spitzensportlerinnen und -sportler die Sportplakette 2014 des Landes Hessen: Speedskater Simon Albrecht (SV Blau-Gelb Groß-Gerau), Rollstuhlbasketballer Thomas Böhme (RSV Lahn-Dill), Schwimmer Alexander Kunert (SV Gelnhau-

bewusste Entscheidung, nicht etwa zwei verschiedene Auszeichnungen je für den Leistungs- und den Breitensport zu verleihen, sondern eine einzige. Profi- und Hobbysport werden durch die Sportplakette symbolisch zusammengeführt und dies halte ich für vollkommen richtig“, sagte Beuth. Zudem würdigte Beuth für besonderes ehren-



sen), Judoka Tabea Müller (SSG Blista Marburg/Blau Gelb Marburg), Siebenkämpferin Carolin Schäfer (LG Eintracht Frankfurt), Schützin Ina Schmidt (SV Diana Ober-Roden), Ruderer Johannes Schmidt (Offenbacher Ruderclub Undine), Bogenschütze Maximilian Weckmüller (SV Guts-Muths Jena), Tischtennisspieler Christoph Winkler (TTG Büßfeld) sowie die Blindenfußballmannschaft der Sportfreunde Blau-Gelb Marburg.

„Mit der Sportplakette des Landes Hessen wollen wir unsere herausragenden Spitzensportlerinnen und -sportler ehren und uns zugleich bei denjenigen bedanken, die sich über Jahre oder Jahrzehnte in ehrenamtlicher Funktion um die Pflege und Entwicklung des Sports verdient gemacht haben. Hinter der Ehrung steht auch die

amtliches Wirken die Verdienste von Roland Frischkorn (Vorsitzender des Sportkreises Frankfurt), Gerhard Knapp (Präsident des Hessischen Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbandes), Ulrich Manthei (Vorsitzender des Sportkreises Schwalm-Eder), Lilo Maier (Lehrwartin im Hessischen Tanzsportverband) und Willi Röhn (Vorsitzender des SV Balhorn).

„Ohne Menschen, die sich freiwillig in ihrer Freizeit für den Sport einsetzen und mit anpacken, wenn dies erforderlich ist, würden viele unserer Sporttalente vermutlich unentdeckt bleiben“, so Minister Beuth abschließend.

Mehr Sicherheit für die Einsatzkräfte

Neue Körperschutzausstattungen für hessische Polizeibeamtinnen und -beamte



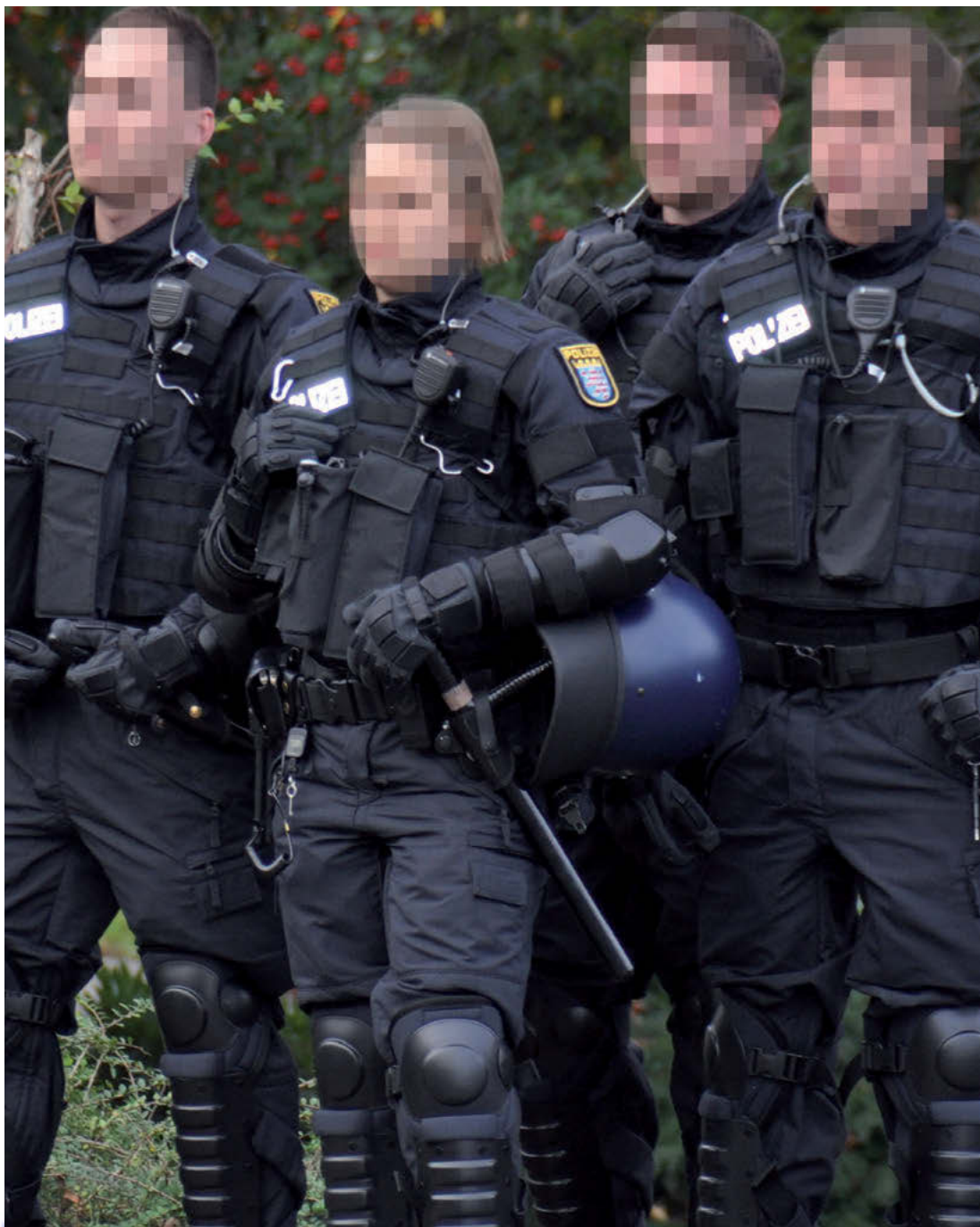
Hessens Innenminister Peter Beuth übergab Anfang Dezember die ersten neuen Körperschutzausstattungen an die Hessische Bereit-

schaftspolizei. Diese bestehen aus einer Schutzweste sowie zusätzlichen Protektoren für Arme und Beine und schützen vor mechanischer Gewalteinwirkung.



„Zur weiteren Verbesserung des Schutzes von Polizistinnen und Polizisten bei gewalttätigen Übergriffen haben wir jetzt eine Investition von rund 1,4 Millionen Euro für Körperschutzausstattungen zur Neuausstattung der Einsatzeinheiten der Hessischen Bereitschaftspolizei getätigt. Parallel unternimmt die Hessische Landesregierung politische Initiativen zur Verbesserung der Schutzparagrafen für Einsatzkräfte“, sagte der Innenminister bei einer Pressekonferenz.

Vor dem Hintergrund der nach wie vor hohen Zahl an Angriffen auf Polizeibeamtinnen und -beamte initiierte die Hessische Landesregierung bereits eine Vielzahl von Maßnahmen zum Schutz vor und zur Reduzierung von Angriffen auf Polizeibeschäftigte. Beispiele sind Investitionen in die persönliche Schutzausstattung, den Gehör-



schutz für die Kräfte der Bereitschaftspolizei und der Alarmhundertschaften sowie den ballistischen Hals- und Tiefschutz. Zudem hat die Einführung der Body-Cam in Frankfurt am Main für sinkende Fallzahlen in den Einsatzbereichen gesorgt und wird 2015 bei Brennpunkteinsätzen in ganz Hessen eingeführt.

Ein weiteres Novum in der Geschichte der Hessischen Polizei ist die Einführung einer individuellen Kennzeichnung. Alle hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten sind künftig in „geschlos-

senen Einsätzen“ mit einer fünfstelligen Nummer gekennzeichnet. Diese Kennzeichnung soll gemäß dem Koalitionsvertrag ergänzend zu Namensschildern und der taktischen Kennzeichnung verwendet werden. Jede Polizeibeamtin und jeder Polizeibeamte erhält drei individuelle Nummern mit der vorangestellten Länderkennung „HE“. Das ermöglicht den Beamten bei Einsätzen selbstständig einen Wechsel der Nummer vorzunehmen. „Dieses Verfahren dient dem Schutz der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten“, so der Innenminister.

Amtseinführung

Brigitte Lindscheid erste Frau an der Spitze des Regierungspräsidiums Darmstadt



Seit dem 28. Februar 2014 hat das Regierungspräsidium Darmstadt eine neue Leitung. Hessens Innenminister Peter Beuth hat Brigitte Lindscheid als erste Frau in das Amt der Regierungspräsidentin eingeführt. Bis dato Darmstädter Stadträtin übernahm sie die Nachfolge von Johannes Baron, der gleichzeitig verabschiedet wurde. „Ich freue mich, dass mit Brigitte Lindscheid eine Südhessin, die in der kommunalen Familie verwurzelt ist und das Haupt- und Ehrenamt gleichermaßen kennt, diese wichtige Aufgabe übernimmt“, sagte Innenminister Peter Beuth.

Der Innenminister bedankte sich in seiner Ansprache auch bei dem scheidenden Regierungspräsidenten für seine ausgezeichnete Arbeit in den vergangenen fast fünf Jahren. „Die Arbeit des scheidenden Regierungspräsidenten Johannes Baron war durch Entschlussfreudigkeit, Geradlinigkeit, Durchsetzungsvermögen und Fingerspitzengefühl geprägt“, unterstrich der Minister.

Amtseinführung

Günther Voß neuer Präsident der Hessischen Bereitschaftspolizei



Hessens Innenminister Peter Beuth hat im April Günther Voß in sein Amt als Präsident der Hessischen Bereitschaftspolizei eingeführt. Der 57-jährige war zuvor Leiter der Abteilung Einsatz und Abwesenheitsvertreter des Präsidenten des Polizeipräsidiums Osthessen. „Mit Günther Voß haben wir einen qualifizierten und engagierten Polizeibeamten gefunden, der auf Grund seiner Erfahrungen in besonderer Weise für dieses Spitzenamt der hessischen Polizei geeignet ist“, so Beuth.

„Ich freue mich, dass wir für die Leitung der Hessischen Bereitschaftspolizei mit Günther Voß eine erfahrene Führungspersönlichkeit gefunden haben. Er kennt die hessische Polizei exzellent und hat sich im Laufe seiner Karriere in allen Funktionen bestens bewährt“, betonte Beuth.

Amtseinführung

Gerhard Bereswill neuer Präsident des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main

Der neue Präsident des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main ist Gerhard Bereswill. Mit der Amtseinführung des 57-Jährigen durch den Hessischen Innenminister Peter Beuth im Oktober tritt Bereswill die Nachfolge von Dr. Achim Thiel, der als Präsident des personalstärksten hessischen Polizeipräsidiums zwei Monate zuvor in den Ruhestand getreten war.

„Mit Gerhard Bereswill haben wir einen qualifizierten und engagierten Polizeibeamten gefunden, der aufgrund seiner Erfahrungen in besonderer Weise für dieses Spitzenamt des größten hessischen Polizeipräsidiums geeignet ist“, so der Innenminister.

„Sein bisheriger Lebenslauf kann als Zeugnis, Empfehlung und nicht zuletzt auch als Bestätigung dafür dienen, dass er die richtige Wahl für die Position des Frankfurter Polizeipräsidenten ist. Seine Fähigkeiten und sein Fachwissen konnte er im Rahmen seiner beruflichen Laufbahn schon mehrfach unter Beweis stellen“, sagte Beuth.



Amtseinführung

Bernhard Lammel neuer Präsident des Präsidiums für Technik, Logistik und Verwaltung

Der frühere Vizepräsident des Präsidiums für Technik, Logistik und Verwaltung (PTLV), Bernhard Lammel, ist neuer Präsident geworden. Dies hatte das hessische Kabinett auf Vorschlag von Innenminister Peter Beuth im November in Wiesbaden beschlossen.

„Mit Bernhard Lammel gewinnt das Präsidium für Technik und Logistik einen engagierten Präsidenten, der die verschiedensten Bereiche und Führungsfunktionen innerhalb der hessischen Polizei aus unterschiedlichen Blickwinkeln kennengelernt und das Gespür für das Wesentliche dabei immer bewiesen hat“, sagte der Innenminister.

Bernhard Lammel wurde im Februar 2013 zunächst mit der Projektleitung Neuausrichtung PTLV abgeordnet und wurde noch im gleichen Jahr Vizepräsident des PTLV. „Ich bin überzeugt, dass Bernhard Lammel seine neue Funktion mit der ihm bekannten Verantwortung erfüllen und mit Erfolg ausfüllen wird“, so Beuth.



Impressum

Herausgeber

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden

Internetabruf

www.hmdis.hessen.de

E-Mail Adresse

pressestelle@hmdis.hessen.de

Gestaltungskonzept & Artwork

N. Faber de.sign, Wiesbaden

Druck

Druckerei Chmielorz GmbH, Wiesbaden

Bildnachweis

Titel: re. o.: picture-Factory-Fotolia.com | re. u.: MAK-Fotolia.com | li. o.: Sandor Jackal-Fotolia.com | li. unten + Seite 18: Mila Gligoric-Fotolia.com | Seite 8: picture alliance/augenblick | Seite 10 u.: picture-alliance/dpa, Fotograf: Boris Rössler | Seite 10 o.: wikipedia/Schängel | Seite 11: picture-alliance/dpa@dpa | Seite 14: Feuerwehr Lorch | Seite 15: Höhlenretter Breitscheid | Seite 16 li. u.: stefan rajewski-Fotolia.com | Seite 17 re. o.: photodisc | Seite 21: 135pixels-Fotolia.com | Seite 22+23: Polizeiberatung | Seite 24 o.: Photography ByMK-Fotolia.com | Seite 26: Weisser Ring | Seite 33: Karl-Heinz H-Fotolia.com | Seite 43: A. Kurz | Seite 46: LfV Hessen | Seite 50: Grafik N. Faber de.sign | Seite 58: photodisc | Seite 64 o. mitte: Heibel | Seite 67 oben: Joerg Halisch | unten: Sandor Jackal-Fotolia.com | Seite 68: Corbis | Seite 68: Bundesministerium des Innern | Seite 70: picture-alliance/dpa © dpa | Seite 74: wikipedia | Seite 76: Grafik KIKZ, Wiesbaden | Seite 77: Hermann Heibel | Seite 80 ob. : Regierungspräsidium Darmstadt | Alle weiteren: © HMdIS, Wiesbaden

© März 2015

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europaparlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

HESSEN



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden

www.hmdis.hessen